

BERLUSCONI

Der unheimliche Milliardär

Zu Hause demontiert der reichste Mann Italiens die Justiz, macht sich das Fernsehen untertan, lässt sich vom Parlament Gesetze nach Bedarf schneiden. Nun wird Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi Europa sechs Monate repräsentieren.



Berlusconi vor Gericht in Mailand

REUTERS



Nach wie vor ist die Herkunft des Startkapitals für sein Imperium unklar. Vor Gericht berichten Kronzeugen von Beziehungen Berlusconis und seiner Entourage zur sizilianischen Mafia (was allerdings bislang nie rechtskräftig nachgewiesen wurde). Berlusconi ging in die Politik, das sagt er selbst, um seine juristischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Das Dossier fasst die wichtigsten SPIEGEL-Artikel über den italienischen Medienmogul zusammen und enthält ein Gespräch aus dem Jahr 1994: "Ich habe Nerven aus Stahl".

DAS DOSSIER BESTEHT AUS FOLGENDEN ARTIKELN:

07.07.2003

Italien: Berlusconi verpatzte Europa-Premiere

Tumulte im Straßburger Europa-Parlament, Ratlosigkeit bei der EU-Kommission in Brüssel, Spannungen zwischen Italien und Deutschland: Silvio Berlusconis Fehlstart als Ratspräsident der Union ist peinlich für ihn und ein Debakel für Europa.

30.06.2003

Titel: Das Gewerbe des Herrn Berlusconi

Zu Hause demontiert er die Justiz, macht sich das Fernsehen untertan, lässt sich vom Parlament Gesetze nach Bedarf schneiden. Nun soll Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi Europa repräsentieren. Die EU-Kollegen bangen, dass seine Ratspräsidentschaft schadlos vorübergeht.

23.06.2003

Italien: Ein Dauerangeklagter als Repräsentant Europas

Mit Sondergesetzen schützt sich Silvio Berlusconi vor dem Zugriff der Richter. Als neuer EU-Ratspräsident belastet er nun die Union.



05.05.2003

Italien: Berlusconi ruft zum Kampf gegen die Justiz auf

Mailänder Richter verurteilten einen engen Vertrauten von Ministerpräsident Berlusconi zu elf Jahren Haft. Nun kämpft der Premier um die eigene Haut. Von Hans-Jürgen Schlamp, Rom

14.01.2002

Italien: Berlusconi provoziert Europa

Europas Empörung über den Rücktritt eines römischen Außenministers beweist: Nach der Ausgabe des neuen Gemeinschaftsgeldes gibt es auf dem alten Kontinent nur noch Innenpolitik. Die EU-Regierungschefs müssen sich auf weiteren Ärger mit dem Kollegen Berlusconi gefasst machen.

21.05.2001

Italien: Der unheimliche Retter Berlusconi

Mit einer Koalition aus Ex-Faschisten und Rechtspopulisten gewinnt der Medienmogul Silvio Berlusconi die Macht in Rom: ein Risiko für Italiens Demokratie und eine Belastung für Europa.

02.05.2001

Italien: Silvio Berlusconis Griff nach der Macht

Der Medienmogul und Multimilliardär Silvio Berlusconi hat beste Aussichten, schon bald als Regierungschef in den römischen Palazzo Chigi einzuziehen. Zwar misstrauen die europäischen Nachbarn seinen rechten Koalitionspartnern - Sanktionen wird es jedoch nicht geben.

08.08.1994

SPIEGEL-Gespräch: "Ich habe Nerven aus Stahl"

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi über seine Regierung und die Kritik an seiner Machtfülle

27.06.1994

Italien: "Kann der Teufel Gutes tun?"

Senatspräsident Carlo Scognamiglio über die Aufgaben der Regierung Berlusconi und den Faschismus

21.02.1994

Italien: Ein Medienmagnat als Zauberer

Valeska von Roques über den Politaufsteiger Silvio Berlusconi



REUTERS

Berlusconi vor Gericht in Mailand



REUTERS

Berlusconi vor Gericht in Mailand

◄◄ [ZURÜCK ZUM ARTIKEL](#)

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft

28/2003 ▶▶

Von Wahrheit und Lüge

Tumulte im Straßburger Europa-Parlament, Ratlosigkeit bei der EU-Kommission in Brüssel, Spannungen zwischen Italien und Deutschland: Silvio Berlusconis Fehlstart als Ratspräsident der Union ist peinlich für ihn und ein Debakel für Europa.

Als Erster hat es Francesco Cossiga, römischer Staatspräsident von 1985 bis 1992, gemerkt und, vorigen Mittwoch, gleich mit Silvio Berlusconi telefoniert. In dessen Zeitung "il Giornale" durfte Cossiga, Stehaufmännchen der italienischen Politik, anderntags seine Landsleute vor den Germanen warnen: "Das Vierte Reich greift uns an."

Deutschland entferne sich von den Idealen eines Adenauer oder Schmidt, enthüllte der 74-jährige Senator auf Lebenszeit. Mit Frankreich strebe es die Vorherrschaft in Europa an. Weil Italien sich der franko-teutonischen Hegemonie nicht unterwerfen wolle, gebe es "eine Verschwörung gegen Italien". Premier Berlusconi werde nicht als Person, sondern "als Inkarnation Italiens" attackiert.

Die Deutschen, assistierte Umberto Bossi, Chef der ausländer- und europafeindlichen Lega Nord, seien doch nur "sauer, weil ihre Wirtschaft zu Bruch geht". Überhaupt stecke man "mitten in einem europäischen Krieg", so Berlusconis Koalitionspartner Bossi. Die Linken, "die Jakobiner", die einen "europäischen Superstaat" anstrebten, kämpften gegen "die Völker", mithin gegen Bossi und Berlusconi.

Antideutsche, antieuropäische Stimmungsmache bei der italienischen Rechten - im Gegenzug die Wiederbelebung von alten Italien-Klischees in Deutschland.

"Bild"-Autor Franz Josef Wagner bemühte vergangenen Donnerstag die krudesten deutschen Assoziationen vom Italiener als Pasta-Manufakturier: "Spaghetti Berlusconi wird es auf keiner Speisekarte geben", schrieb Wagner. "Spaghetti Berlusconi schmecken einfach nicht."

Schlimmer hätte es gar nicht kommen können. Gleich zu Beginn seines Sechs-Monate-Amtes als Ratspräsident der Europäischen Union erweist sich Regierungschef Silvio Berlusconi als die erwartete schwere Belastung für die Gemeinschaft: Mit diplomatischen Patzern und persönlichen Entgleisungen brachte er Europa binnen Stunden aus dem Tritt. Das deutschitalienische Verhältnis ist belastet wie seit Jahrzehnten nicht. Selbst Berlusconis wenige Freunde in der Europa-Runde und in der Brüsseler Kommission sind ratlos.

Der Pariser "Le Monde", die Londoner "Financial Times" und andere renommierte Presseorgane hatten wie der SPIEGEL schon Anfang voriger Woche Berlusconis Eignung als Wortführer und Repräsentant Europas in Frage gestellt. Um sich zu schützen, verschanzte Italiens

Premier sich hinter seinem Volk. Er bog - nicht zuletzt dank seiner das Land umfassenden Medienmacht - die Kritik an seiner Person zu einer vermeintlichen Italiens-Schelte um. Die riskanten politischen Folgen der Verdrehung nimmt er offenbar locker in Kauf.

"Krieg" werde geführt, jammerte Berlusconi ob der vernichtenden, europaweiten Medienschelte, Krieg zwischen ihm und der Linken Europas, was für ihn heißt: zwischen "Moderaten und Extremisten, zwischen der Liebe und dem Hass, zwischen dem Guten und dem Bösen, zwischen der Wahrheit und der Lüge".

Für sein erstes Europa-Desaster gleich am zweiten Amtstag brauchte der in Rom regierende Milliardär und Medienzar nur wenige Sätze. "Herr Schulz", wandte er sich nach dessen schneidender Berlusconi-Kritik lächelnd dem deutschen Sozialdemokraten im Straßburger Europa-Parlament zu, "ich weiß, dass in Italien ein Film über die Nazi-Konzentrationslager gedreht wird. Ich werde Sie für die Rolle des Kapo vorschlagen. Sie wären perfekt."

Der anschließende Tumult beeindruckte den "Cavaliere" offenkundig nicht sonderlich. Andere hingegen schon. Der irische Parlamentspräsident Pat Cox drückte sein Entsetzen in der wenig feinen Frage aus: "Silvio, what the fuck have you done?" Vizepremier Gianfranco Fini unterhielt sich demonstrativ mit Kommissionspräsident Romano Prodi, Berlusconis Erzfeind und potenziellen innenpolitischen Herausforderer. Der Luxemburger Premier Jean-Claude Juncker nannte den Vergleich "inakzeptabel unter Demokraten".

Berlusconis Berliner Amtskollege Gerhard Schröder war in Sachsen unterwegs, als ihn die Nachricht von dessen Entgleisung erreichte. Krachsauer hieß er seinen Europa-Abteilungsleiter in Rom zu intervenieren. Abends rief auch Joschka Fischer seinen Kollegen Franco Frattini an und riet dem Italiener dringend, Berlusconi möge die Sache aus der Welt schaffen.

Der meldete sich am Donnerstag telefonisch bei Schröder und drückte sein "Bedauern" aus, dass sein "ironischer Scherz" missverstanden worden sei. Später stellte er klar, entschuldigt habe er sich keineswegs. Dabei hatte Schröder unmittelbar nach dem Telefonat erklärt, die Sache sei "für die Bundesregierung aus der Welt".

Schröder wie Fischer wollten den von Berlusconi entfachten Brand so schnell wie möglich austreten. Die "ziemlich anspruchsvolle Agenda" der italienischen Präsidentschaft, so ein Diplomat in Berlin, erfordere ein handlungsfähiges Rom. Außenminister Fischer gab sich denn auch versöhnlich: "Jeder von uns hat sich schon mal vergaloppiert."

Doch Berlusconis Eklat im Parlament ist nur der letzte schwerwiegende Ausbruch in einer ganzen Reihe persönlicher und politischer Fehltritte auf europäischer Bühne. So wollte der Italiener, auf dem Gipfel in Laeken im Dezember 2001, die neue EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit nach Parma locken. Das ging nicht ohne kräftige Beleidigung der konkurrierenden Finnen und ihres Premierministers ab - sie wüssten nichts von italienischem Schinken, kanzelte Berlusconi die Nordländer ab.

Auf dem Krisengipfel in Brüssel, als Europa über den gerade begonnenen Irak-Krieg tief zerstritten war, zwang er die Kollegen, sich mit Italiens Milchproblemen zu beschäftigen und brüllte seine Widersacher Jan Peter Balkenende (Niederlande) und Juncker (Luxemburg) an wie Abteilungsleiter seiner Fernsehsender.

Wenige Monate zuvor fühlte sich Berlusconi in Brüssel vom Vortrag des Erweiterungskommissars Günter Verheugen über das Kaliningrad-Problem so genervt, dass er, für alle hörbar, Verheugens Chef Prodi anfuhr: "Feuer den!"

Noch ärger sind die politischen Patzer. Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft war schon in Sichtweite, da reiste Berlusconi

nach Israel, erklärte sich zum besten Freund des Landes und verbreitete, er sondiere im Auftrag des US-Präsidenten George W. Bush neue Friedenspfade. Der von Berlusconi mitgetragene EU-Beschluss, gleichen Abstand zu Israel und Palästina zu wahren, scherte ihn nicht.

Den Türken und - großzügiger noch - seinem russischen Freund Wladimir Putin machte Berlusconi gegen geltende EU-Politik Hoffnungen auf einen raschen Beitritt zur Gemeinschaft.

Zum 2. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

Inhalt ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft

28/2003 ▶▶

Von Wahrheit und Lüge (2)◀◀ **Zurück zum 1. Teil**

Auch Berlusconis Träume, sein Halbjahr mit eigenen Ideen zu schmücken, sind vorzeitig geplatzt. Sein milliardenschweres Investitionsprogramm, das spektakuläre neue Verkehrsverbindungen, etwa Alpentunnel oder die geplante Brücke nach Sizilien, versprach, erklärte der Rat in Thessaloniki zu einem alten europäischen Hut.

Den Kampf gegen illegale Einwanderer, von denen Italien sich besonders betroffen fühlt, will Berlusconi ebenfalls zu einem Kernthema seiner Präsidentschaft machen. Erheblich schwieriger wird es für ihn dagegen, seinen Lieblingspart zu spielen: Vermittler zwischen den USA und dem alten Europa. Seine Atlantiker-Freunde aus Irak-Kriegs-Zeiten, der Spanier José María Aznar und der Brite Tony Blair, werden ihn kaum mehr mit der gleichen Begeisterung unterstützen. Und die Berlusconi-Skeptiker sind noch misstrauischer geworden. Zum ehrlichen Makler taugt er nicht mehr.

In dieser Eigenschaft aber ist Berlusconi besonders gefordert, um das wichtigste Projekt seiner Präsidentschaft über die Bühne zu bringen, die Absegnung des vom Konvent der EU erarbeiteten Verfassungsentwurfs durch eine Regierungskonferenz.

Um pünktlich fertig zu werden, das hat Berlusconi beschlossen, dürfe das Vertragswerk nicht mehr in die Hände von Diplomaten und Beamten fallen. Er werde die Verhandlungen auf der Ebene der Außenminister und der Regierungschefs halten und diese notfalls wie bei einer Papstwahl in ein Konklave schicken - also einsperren, bis das Aufsteigen weißen Rauches die Einigung signalisiert.

Ein weiteres Ziel Berlusconis ist es, für die EU-Aufnahme Bulgariens und Rumäniens bereits jetzt ein Datum in der zweiten Hälfte 2004 festzulegen. Der Beitritt soll noch unter Kommissar Günter Verheugen vollendet und beschlossen werden, der ihn gleichfalls befürwortet.

Derweil ist es Berlusconi selbst, der die Inhalte seiner EU-Politik mit grotesken Auftritten in den Hintergrund drängt. Beim Abendessen mit führenden Politikern des EU-Parlaments vorvergangenen Freitag in der römischen Villa Madama nervte er den Liberalen-Führer Graham Watson mit seiner fixen Idee. Fortwährend, stöhnte der Brite später, habe ihn Berlusconi davon zu überzeugen versucht, dass in Italien Staatsanwälte, Richter und Journalisten allesamt "kommunistische Hardliner" seien.

Gegen die europäische "Strafexpedition", wie Berlusconis "Giornale" die schlechte Presse im Ausland beschrieb, will die römische Rechtskoalition nun eine mediale Konterattacke reiten: Alle Kabinettsmitglieder sind aufgerufen, sich mit Interviews in

kritikunverdächtigen Gazetten, Radio- und Fernsehprogrammen überall in Europa einzuschalten. In Brüssel soll ein eigens für sechs Monate installiertes Pressezentrum Stimmung machen. Der Angegriffene selbst meldete sich vorige Woche schon mit einem Artikel für konservative und Berlusconi-freundliche europäische Blätter zu Wort. Dazu gehörte auch die "FAZ", doch die lehnte einen Abdruck - genau wie "Le Figaro" in Paris - dankend ab.

Über den Stand seiner Anklage wegen Richterbestechung hat er darin allerdings nichts geschrieben. Dabei setzte die Erste Strafkammer des Mailänder Gerichts vorigen Montag den Prozess gegen ihn tatsächlich aus, nachdem das Parlament ihn per Gesetz neun Tage zuvor für immun erklärt hatte. Auch eine Berufungsverhandlung in Sachen Bilanzfälschung ist seit vergangener Woche erst einmal vom Tisch. Die Mailänder Richter wollen nun die Rechtmäßigkeit des - so der Volksmund - "Rettet-Berlusconi-Gesetzes" vom Verfassungsgericht prüfen lassen.

Er selbst habe mit diesem Immunitätsgesetz, das so passgenau auf ihn zugeschnitten war, überhaupt nichts zu tun, versicherte Roms Regent treuherzig im französischen Radiosender Europe 1. Das sei ausschließlich "Ergebnis einer parlamentarischen Initiative, mit Unterstützung des Präsidenten der Republik" gewesen.

Aber da muss in seinem "Krieg zwischen Wahrheit und Lüge" etwas durcheinander geraten sein. Denn nach empörter Intervention aus dem Präsidenten-palast musste Berlusconi-Pressesprecher Paolo Bonaiuti wenige Stunden später seinen Chef wieder einmal öffentlich korrigieren: Der Präsident habe das Gesetz mitnichten gefördert.

Und auch in Straßburg, bei seinen etwas unbeholfenen Entschuldigungsversuchen nach der Entgleisung im Parlament, rauschte Berlusconi knapp an der Wahrheit vorbei. Seine KZ-Aufseher-Bemerkung gegen den Deutschen sei ein Scherz gewesen und in Italien sei es üblich, auch "über Holocaust-Geschichtchen" zu lachen, hatte er versucht, sich zu entlasten. Darauf reagierte prompt die jüdische Gemeinde Roms: Nur "wenige Blödmänner" machten solche Scherze, normale Italiener nicht.

So wenig wie in Europa kam der Populist Berlusconi mit seinen ersten Auftritten auch zu Hause an. Fast zwei Drittel der Italiener erklärten bei einer Blitzumfrage vorigen Mittwoch, Berlusconi habe das Bild Italiens beschädigt.

Um den Flurschaden für ihr Land zu begrenzen, meldeten sich viele Italiener per Telefon oder E-Mail mit freundlichen Worten bei der deutschen Botschaft in Rom. Und ein paar Römer fanden sich sogar zu einer kleinen Solidaritätsdemonstration für die "tedeschi" unter den Fenstern der deutschen Diplomaten ein.

RALF BESTE, WINFRIED DIDZOLEIT, HANS-JÜRGEN SCHLAMP

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

► Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ►►

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

TITEL

DER SPIEGEL

aus Heft

27/2003 ▶▶

Die Akte Berlusconi

Zu Hause demontiert er die Justiz, macht sich das Fernsehen untertan, lässt sich vom Parlament Gesetze nach Bedarf schneiden. Nun soll Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi Europa repräsentieren. Die EU-Kollegen bangen, dass seine Ratspräsidentschaft schadlos vorübergeht.



Ministerpräsident
Berlusconi



Der Ärger kam aus unerwarteter Richtung - vom Staatspräsidenten aus dem Quirinals-Palast.

Gerade eben noch hatte Carlo Azeglio Ciampi trotz heftiger Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit ein Immunitätsgesetz unterzeichnet und damit in Kraft treten lassen, das keinem anderen Zweck diente, als Regierungschef Silvio Berlusconi, 66, vor der Fortsetzung eines hochnotpeinlichen Strafverfahrens zu

bewahren. Jetzt wollte der in Rom regierende Medienzar mit der gleichen Schamlosigkeit - seine Strafverteidiger gehörten in ihrer Funktion als Parlamentsabgeordnete seiner Fraktion zu den Autoren des umstrittenen Gesetzes - schnell noch ein anderes heikles Problem lösen. Denn Berlusconi sendet mehr Fernsehprogramme, als er nach geltendem Recht darf. Bis zum Jahresende soll er, so schreiben es Auflagen des Verfassungsgerichts vor, einen seiner drei Kanäle verkaufen oder auf die Ausstrahlung via Satellit begrenzen.

Um das zu verhindern, haben Abgeordnete seiner Mehrheitskoalition - unter ihnen wiederum seine Rechtsanwälte - den Entwurf eines Gesetzes gebastelt, das ihm erlauben soll, auch künftig unbehindert von Kartellvorschriften so viele Programme auszustrahlen, wie er will. Doch diesmal legte sich Ciampi quer: Den Parlamentariern ließ er vorige Woche unter der Hand eine eindeutige Botschaft zukommen - dieses Rettet-Berlusconi-Gesetz würde er nicht mehr unterzeichnen. Nicht noch eins, nach all den andern.

Endlich einmal geriet Sand ins allzu geschmierte politische Getriebe Italiens.

Bis dahin hatte es in der Berlusconi-Republik nur eine Regel gegeben: Gesetz wird, was dem 1,64 Meter kleinen Mann mit dem großen Ego nützt. Was stört, muss weg. Berlusconi war in die Politik gegangen, das sagt er selbst, um seine juristischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Und er tat es in einer Art, die bislang in europäischen Demokratien nicht vorstellbar war - Italien wird umgebaut nach den Bedürfnissen seines Regierungschefs.

Von Gewaltenteilung, Grundlage einer pluralistischen demokratischen Staatsform, kann bald keine Rede mehr sein. Berlusconi ist Chef der Exekutive, der Regierung; er hat ebenso das

Kommando über die Legislative, wo er maßgeschneiderte Gesetze verabschieden lässt, und gleichzeitig ist er eifrig dabei, die unabhängige Bastion der Justiz zu schleifen.

Die Kritik- und Kontrollfunktion zumindest der elektronischen Medien ist weitgehend ausgehebelt: 90 Prozent der Fernsehzuschauer sehen Programme, die direkt oder indirekt Berlusconis Einfluss unterliegen.

Der reichste Mann des Landes (geschätztes Vermögen: zwischen sechs und zehn Milliarden Euro, versteuertes Jahreseinkommen 2001: über elf Millionen Euro) kontrolliert ein gigantisches Imperium mit etwa 150 Firmen, Bank- und Versicherungsbeteiligungen, mit vier bis fünf Milliarden Euro Umsatz im Jahr. Ihm gehören, ganz oder zu Teilen, neben den Fernsehsendern Italia 1, Canale 5 und Rete 4, auch Radiosender, Vertriebsgesellschaften für Filme, Fernsehfilme und Homevideos, Produktions- und Verleihfirmen, eine Kinokette mit mehr als 200 Sälen, die größte Werbeagentur, Publitalia, und das umsatzstärkste Verlagshaus des Landes, Mondadori, das auch das meistverkaufte Nachrichtenmagazin ("Panorama") publiziert. Die Tageszeitung "Il Giornale" leitet - aus kartellrechtlichen Gründen - sein Bruder. 25 000 Menschen arbeiten direkt für seine Firmen, dazu kommen Tausende von freien Mitarbeitern und Beschäftigten von Unternehmen, auf die er mittelbaren Einfluss hat.

Seine Partei Forza Italia, etwa "Vorwärts Italien", ein Schlachtruf zum Anfeuern der italienischen Fußballnationalmannschaft, ist die stärkste Kraft im Parlament. Sie gehorcht ihm aufs Wort. Er hat sie gegründet wie eine Firma, viele Forza-Abgeordnete sind von seinen Personalberatern ausgesucht und auf die Wahlkreise verteilt worden.

Kaum war er im Amt, räumte er beim Staatsfernsehen RAI auf. Berlusconi-Kritiker wurden verjagt, weil sie "kriminellen Gebrauch" (Berlusconi) von ihren medialen Möglichkeiten gemacht hätten. Selbst Enzo Biagi, 82, der seit Jahren regelmäßig nach den Hauptnachrichten der RAI 1 der ganzen Nation fünf Minuten lang ins Gewissen redete, wurde vorigen Juni abgeschaltet. Dabei hatte der Kommentator mit die höchsten Einschaltquoten aller RAI-Programme. Inzwischen ist das Staatsfernsehen handzahn, weitgehend austauschbar mit Berlusconis Privat-Kanälen.

Für eine derart "hochgradige Interessenvermischung" von Politik und Medien, warnte im Dezember letzten Jahres der "Bericht über die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union" des EU-Parlaments, "sollte in einer Demokratie kein Platz sein". Und der Europarat konstatierte im Januar dieses Jahres, nachdem eine Expertengruppe den Fall Italien studiert hatte: "Der Interessenkonflikt zwischen dem politischen Amt von Herrn Berlusconi und seinen privaten Wirtschafts- und Medien-Interessen ist eine Bedrohung der Medienpluralität."



STEFANO RELLANDINI / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Verfolgt



Von Dienstag dieser Woche an wird der Mann nun für ein halbes Jahr dem Rat der EU-Staats- und Regierungschefs vorstehen. Europa nimmt es schweigend hin, verschämt und allenfalls in politischen Hinterzimmern Kritik daran ühend, dass der "Máximo Líder" vom Tiber turnusmäßig an der Reihe ist, für sechs Monate "Mr. Europa" zu sein.

Augen zu und durch - heißt die Devise seiner 14 Unionskollegen. Auf einmal gewinnt in Brüssel der ungeliebte rasche Wechsel an der EU-Spitze wieder an Reiz. "Ein Glück, dass die Präsidentschaft so kurz ist", freut sich etwa Monica Frassoni, Co-Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament.

Denn es ist ja nicht nur die Machtfülle, die seinen Unionspartnern unheimlich ist, nicht nur die Tatsache, dass er, der Pate der italienischen Politik, die römische Republik zu eigenem Nutzen umbaut - was Europas Spitzenpolitiker wirklich nervös macht, ist das

beschämende Bewusstsein, von jemandem vertreten zu werden, den viele Europäer schlicht für einen Gauner halten.

Denn obzwar Berlusconi an sich selbst zuweilen den "Geruch von Heiligkeit" verspürt, stand er seit Beginn seiner steilen Karriere immer wieder im Zwielficht:

- Nach wie vor ist die Herkunft des Startkapitals für sein Imperium unklar.
- Die für ihn lukrative Freundschaft zu dem später rechtskräftig verurteilten Ministerpräsidenten Bettino Craxi endete im Parteispenden- und Korruptionssumpf von "Tangentopoli", der zum Zusammenbruch des politischen Systems führte.
- Vor Gericht berichten Kronzeugen von Beziehungen Berlusconis und seiner Entourage zur sizilianischen Mafia (was allerdings bislang nie rechtskräftig nachgewiesen wurde).
- Eine ganze Kette von Strafanzeigen und Prozessen wegen Betrugs, Steuerhinterziehung und Bilanzfälschung haben seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg begleitet.

Italien sei heute eine "Demokratie ohne Legalität", klagt Leoluca Orlando, einst Bürgermeister Palermos und auch als Autor bekannt durch seinen mutigen Kampf gegen die Mafia. Mit der italienischen EU-Präsidentschaft bringe Berlusconi "die Kultur der Illegalität nach Europa - das Gegenteil dessen, was die Gemeinschaft braucht".

Zum 2. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

Inhalt ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

TITEL

Die Akte Berlusconi (2)

DER SPIEGEL

aus Heft

27/2003 ▶▶

◀ Zurück zum 1. Teil

Kein Zweifel, Berlusconi ist demokratisch gewählt worden. Von 49 256 295 wahlberechtigten Italienern gingen am 13. Mai 2001 immerhin 81,4 Prozent zur Wahl. Das Ergebnis war auf Grund des ausgeklügelten Wahlrechts eindeutig: 177 von 315 Sesseln im Senat, 368 von 630 Sitzen in der Abgeordnetenkammer bekamen die Kandidaten der von Berlusconi geführten Koalition Casa delle libertà (Cdl). Das Haus der Freiheiten bewohnen Berlusconis Forza Italia, die aus dem faschistischen Movimento Sociale hervorgegangene Alleanza Nazionale (AN), die populistisch-fremdenfeindliche Lega Nord und etliche christdemokratisch ausgerichtete Splitterparteien.



GIUSEPPE GIGLIA / AFP

Geschützt



Erfolg verdankt die Rechtskoalition zum Teil ihrer prall gefüllten Kriegskasse. Der Wahlkampf verschlang 50 Millionen Euro. Das Mitte-links-Bündnis Ulivo konnte da nicht mithalten. Auch die medialen Waffen waren ungleich: Berlusconis TV-Sender zeigten den Ulivo-Kandidaten, Roms Ex-Bürgermeister Francesco Rutelli, von Januar bis Ende April 2001 insgesamt 42 Minuten lang - Berlusconi dagegen fast fünf Stunden.

Dazu kam Berlusconis Talent zur politischen Inszenierung. Tag für Tag gab er, gibt er bis heute, als Regisseur und Hauptdarsteller, die Berlusconi-Show: König Silvio, der gute Hausvater, der erfolgreiche Unternehmer, der Anwalt aller Italiener.

Besonders aus seinem prunkvollen Arbeitszimmer in seiner Villa San Martino in Arcore, mit goldenen Wasserhähnen und 147 Zimmern, in einem riesigen Park vor den Toren Mailands gelegen, meldet er sich inzwischen oft und gern zu Wort: Da sitzt er dann als Strahlemann, neben chinesischen Vasen und unter wuchtigen goldgerahmten Ölgemälden, an einem edlen Schreibtisch, auf einem Stuhl wie ein Thron und verkündet seinem Fernsehvolk Sätze wie: "Ich werde alles tun, euch nicht zu enttäuschen."

Internationale Auftritte bereitet der "Cavaliere", wie er sich als Träger des Verdienstordens "Ritter der Arbeit" in den Medien hofieren lässt, mit Akribie vor. Er sorgte beim G-8-Gipfel in Genua vor zwei Jahren persönlich dafür, dass an die etwas kargen Zitronenbäume am Rathaus-Eingang mit dünnen Fäden zusätzliche Früchte geknüpft wurden. Er kontrollierte ebenfalls persönlich die Kulissenbauten aus Styropor und Gips, die beim Russland-Nato-Treffen am 28. Mai letzten Jahres in Pratica di Mare römische Antike vortäuschten.

Auch im persönlichen Kontakt mit seinen Amtskollegen macht Berlusconi meist "bella figura". Dem US-Präsidenten George W. Bush gefiel er auf Anhieb, genauso wie dessen Moskauer Amtsbruder Wladimir Putin. Er reißt Witze, er spielt Klavier, er singt, ob amerikanische Schlager oder neapolitanische Volksweisen, nimmt jeden in den Arm und versichert ihm, er sei "sein bester Freund".

Fleißig, tüchtig und einnehmend soll schon der junge Silvio gewesen sein.

Am 29. September 1936 wird er in einem kleinbürgerlichen Viertel Mailands als Sohn des Bankangestellten Luigi Berlusconi und der Hausfrau Rosella geboren. Papa, Jahrgang 1908, macht ihm vor, was Strebsamkeit und Sparsamkeit bewirken können: Er bringt es im Laufe seines Arbeitslebens bis zum Generaldirektor der Banca Rasini. Wenn ein Mitarbeiter nach einem neuen Bleistift verlangte, hieß es, Vater Berlusconi habe sich zur Kontrolle den Stummelrest des alten Stiftes vorlegen lassen.

Sohn Silvio studiert Jura, arbeitet nebenher als Staubsaugervertreter, singender Conférencier auf Musikdampfern und schließlich in einer Baufirma. Dort boxt er sich bis zum Geschäftsführer hoch. 1961 macht er sich selbständig, seine Firma Edilnord zieht 1963 in einem Mailänder Vorort Apartments für 4000 Bewohner hoch. Später baut er die Trabantenstadt Milano 2, mit Wohnungen für 10 000 Menschen.

Die Finanzierung solcher Projekte liegt im Dunkeln. Der inzwischen pensionierte Papa habe ihm bei der Kapitalbeschaffung geholfen, heißt es. Von Schweizer Geldgebern war die Rede, doch wer diese gewesen sind, wer hinter ihnen steckte, ist bis heute ungeklärt.

Endgültig beginnt Silvios Aufstieg zum Milliardär mit der Finanzgesellschaft Fininvest - dem Kern seines heutigen Imperiums.

Am 31. März 1975 melden Professor Gianfranco Graziadei, Chef von Servizio Italia und ein 88-jähriger gebürtiger Tscheche, Federico Pollack, Vizepräsident einer Firma namens Saf, in Mailand die Finanziaria di Investimento Fininvest Srl an. Beide handeln im Auftrag eines gewissen Giancarlo Foscale.

Der lässt drei Jahre später, in Rom, die Fininvest Roma Srl entstehen. Am 7. Mai 1979 verschmelzen beide Unternehmen zur Finanziaria d'Investimento Fininvest Srl mit Sitz in Mailand. Im Verwaltungsrat sitzen Silvio Berlusconi, als Präsident, sein Bruder Paolo und eben Giancarlo Foscale, ihr Vetter.

Zwischen den beiden Fininvest-Firmen gab es vor und während der Verschmelzung abenteuerliche Geldflüsse: Millionensummen wanderten hin und her, das Stammkapital wurde herauf- und herabgesetzt, Guthaben und Schulden verbucht - ein für Außenstehende sinnlos scheinender permanenter Finanztransfer.

Aktiv daran beteiligt sind, ab Juni 1978, Holding-Gesellschaften, die gleich reihenweise kreiert werden und Holding Italiana 1, Holding Italiana 2, Holding Italiana 3 und so weiter heißen. Gleich im ersten Schwung entstehen 23, am Ende des Holding-Serienbaus, 1981, waren es schließlich 38.

Die amtlich eingetragenen Gründer dieser Firmenschachteln waren in Wirtschaftskreisen eher unbekannt: Biedere Leute mit kleinen Einkünften, Hausfrauen und Rentner. Tatsächlich, recherchierte später die Staatsanwaltschaft, steckten hinter 35 der 38 Unternehmensschachteln - Silvio Berlusconi und seine Freunde.

Er habe, sagte der, mit der Massengründung der Holdings unter fremden Namen störende bürokratische Formalien umgehen, Fristen abkürzen wollen. Deshalb habe er Bekannte dafür gewonnen.

Polizeiermittler und Staatsanwälte bezweifelten die Version. Der Firmenschwengel und das verwirrende Verschieben von Millionenbeträgen hatte, so glaubten die Experten, nur einen Zweck: Die Herkunft der Gelder, die am Ende auf Berlusconi's Fininvest-Konten landeten, sollte verschleiert werden. Über die Italiana-Holdings werde, so der Verdacht, Geld der Mafia gewaschen.

1994 wurde deswegen ein Untersuchungsverfahren gegen Silvio Berlusconi und seinen wohl engsten Mitarbeiter und langjährigen Freund, Marcello Dell'Utri, eingeleitet. In mühevoller, jahrelanger Arbeit durchforsteten Spezialisten der DIA (Direzione Investigativa Antimafia), eine Sondereinheit der Polizei im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, Berge von Überweisungs- und Kassenbelegen.

Sie stießen bei einem der Berlusconi-Steuerberater auf eine Liste von 25 Zahlungen zu Gunsten von Fininvest. Danach flossen den Kassen der Berlusconi-Firma zwischen dem 25. Februar 1977 und dem August 1978 insgesamt 16,94 Milliarden Lire (damals etwa 45 Millionen Mark) zu. Und, nicht eben üblich, ein erheblicher Teil des Geldes wurde bar eingezahlt.

Seither wollen die Gerüchte nicht verstummen, Berlusconi's Startkapital sei schmutziges Geld gewesen. Aussteiger aus dem Milieu, so genannte Pentiti (Reumütige), berichteten bei polizeilichen Vernehmungen oder als Zeugen vor Gericht, Berlusconi und sein Spezi Dell'Utri hätten jahrelang mit den Bossen der sizilianischen Cosa Nostra gedealt und dabei gute Geschäfte gemacht.

Antonino Giuffrè, der im April vorigen Jahres verhaftete Stellvertreter des "Bosses aller Bosse", Bernardo Provenzano, behauptete Anfang Januar dieses Jahres vor einem Gericht in Palermo, Berlusconi habe sich in jenen Zeiten sogar mit Stefano Bontade getroffen, damals einer der Spitzen-Mafiosi.

Der Top-Zeuge belastete vor allem Dell'Utri, der jahrelang Berlusconi's Werbekonzern Publitalia leitete und der für ihn 1992 die Parteigründung von Forza Italia organisierte. Er verortete den Berlusconi-Spezi als "nahe bei der Cosa Nostra". Dell'Utri sei über viele Jahre eine Art Verbindungsmann zwischen der Mafia und Berlusconi gewesen. Als dann später das Parteiprojekt Forza Italia anlief, habe Oberboss Provenzano ihm, Giuffrè, persönlich gesagt, man befinde sich bei dieser politischen Neugründung "in guten Händen", man könne "ihnen trauen".

Überprüfen kann man diese Zeugenaussage so wenig wie viele ähnliche zuvor. Stefano Bontade wurde am 23. April 1981, unmittelbar nach seiner Geburtstagsfeier erschossen. Bernardo Provenzano ist seit fast 40 Jahren flüchtig.

Verstorben ist auch ein anderes interessantes Mitglied der sizilianischen Mafia, der frühere Clan-Chef der Porta-Nuova-Familie, Vittorio Mangano. Der zog Anfang der siebziger Jahre mit Kindern, Frau und Mutter in Berlusconi's Villa in Arcore ein, als eine Art "Hausfaktotum", sagt Berlusconi.

Zum 3. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil der Dossiers:

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

TITEL

Die Akte Berlusconi (3)

DER SPIEGEL

aus Heft

27/2003 ▶▶

◀◀ Zurück zum 2. Teil

Engagiert war er offiziell, so der Ministerpräsident, "auf Vermittlung von Dell'Utri" als "Stallmeister", als Verantwortlicher für eine "geplante Pferdezucht". Die wurde freilich nie realisiert. Ganz anders verstand Palermos Anti-Mafia-Staatsanwalt Paolo Borsellino Manganos Aufgaben. Der sei "einer der Brückenköpfe der mafiosen Organisation in Norditalien" gewesen, behauptete Borsellino 1992 - wenige Tage bevor ihn die Mafia umbrachte.

Die Cosa Nostra, glaubte der Staatsanwalt, habe zu jener Zeit Kontakte zur Wirtschaft in Italiens prosperierendem Norden gesucht, um ihr Drogengeld zu waschen und um Kapital lukrativ anzulegen. Mangano galt als "einer der wenigen Personen von Cosa Nostra, die in der Lage waren, derartige Beziehungen zu unterhalten", so Borsellino. Unter dem Vorwand, Mangano zu besuchen, sagte jetzt im Januar auch Zeuge Giuffrè aus, hätten Siziliens Unterwelt-Emissäre sich problemlos mit Berlusconi treffen können.

Doch rasch trennten sich die Berlusconis von ihrem Hausfaktotum Mangano, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass die Unternehmer-Familie einen Vorbestraften, schwer Mafia-Verdächtigen, beschäftigte und beherbergte. Vor Gericht als Mafioso überführt, kam Mangano später ins Gefängnis. Er starb vor drei Jahren an Krebs.

Für Berlusconi sind die Vorwürfe alles unbewiesene Unterstellungen, Verleumdungen. Und in der Tat: Bewiesen ist nichts. Rechtskräftige Verurteilungen gab es nie. Alle einschlägigen Ermittlungsverfahren gegen ihn, wegen Geldwäsche zum Beispiel, wurden eingestellt.

Sein Kumpel Dell'Utri hatte weniger Glück, er steht noch immer als Angeklagter vor Gericht. Trotzdem behauptet er, die ganze sizilianische Szene gar nicht zu kennen.



Dennoch: Nur weil er nach eigenen Angaben "zufällig an dem Tag in London war, um eine Ausstellung zu besuchen", landet er, am 19. April 1980, als Gast am Hochzeitstisch des Cosa-Nostra-Clanchefs Jimmy Li Fauci, der aus Italien emigrieren musste. Als die Polizei von Varese am 11. November 1983 ins Haus des mutmaßlichen Mafioso Ilario Legnaro eindrang, fand sie in dessen Gesellschaft, spät in der Nacht, Dell'Utri, den Berlusconi-Intimus.

In den Abhörprotokollen von Telefonaten sizilianischer Unterweltgrößen entdeckten die Ermittler in den Wochen vor den Europawahlen 1999 Sätze wie: "Wir müssen dafür sorgen, dass

Dell'Utri gewählt wird." Sonst, so die Begründung, käme der in Schwierigkeiten. Und in der Tat, nur die Immunität als Abgeordneter im Europäischen Parlament bewahrte ihn vor der Vollstreckung eines Haftbefehls.

Die schwerwiegendste Anschuldigung gegen Dell'Utri und seinen Chef Berlusconi machte jedoch ein reuiger Mafioso vor dem Berufungsgericht des sizilianischen Städtchens Caltanissetta. Dort wurden, im April 2000, 37 Männer aus dem Leitungsstab der Mafia für schuldig befunden, 1992 den berühmten Anti-Mafia-Richter Giovanni Falcone, seine Frau und seine Leibwache in die Luft gesprengt zu haben.

Einer der Zeugen - nachzulesen in der wenig beachteten 1200 Seiten langen Urteilsbegründung der Richter - sagte dabei Ungeheuerliches aus. Die spektakulären Anschläge im Jahre 1992, denen ein paar Wochen nach Falcone auch sein Kollege Borsellino zum Opfer fiel, seien Teil einer politischen Strategie der Mafia gewesen, behauptete der einstige Clan-Führer Salvatore Cancemi.

Erklärtes Mafia-Ziel sei es damals gewesen, diejenigen Politiker aus ihren Ämtern zu jagen, "die der Mafia den Rücken gekehrt hatten". Mit Bomben und Pistolen wollten die Mafia-Clans den Weg für andere freischießen, von denen er sich "einen Gewinn für die gesamte Cosa Nostra" erhoffte. Explizit habe ihm, so Cancemi, der damalige Mafia-Boss Salvatore Riina anvertraut, wen er damit meinte: "Berlusconi und Dell'Utri". Diese, so habe Riina gesagt, seien "ein Gewinn für die gesamte Cosa Nostra".

Nur, wie glaubwürdig sind Mafia-Aussteiger? Wie viel kann man auf ihre Aussagen wirklich geben, für die es in aller Regel ja keine unabhängigen Beweise gibt, weil die Unterwelt ihre Mordpläne meist nicht in Aktennotizen festhält?

Für die Caltanissetta-Richter ist die Aussage des Hauptzeugen "spontan und schlüssig" und werde in wichtigen Teilen von fünf anderen reumütigen Zeugen bestätigt. Für Berlusconi und Dell'Utri ist dagegen alles frei erfunden, gelogen, unsinnig.

Mit welchem oder wessen Geld auch immer schickte sich der umtriebige und schon ziemlich erfolgreiche Berlusconi Ende der siebziger Jahre an, ein Medientycoon zu werden? Das war damals schwierig, weil das Gesetz nur der staatlichen RAI erlaubte, landesweit zu senden. Aber Berlusconi war pfiffig: Er kopierte identische Programme auf viele Kassetten, ließ sie an alle Stationen verteilen und zeitgleich regional ausstrahlen. So kamen die US-Serien "Dallas" und "Denver-Clan" nach Italien.

1984 stoppte ein Richter die gesetzlich nicht gedeckte gleichzeitige Ausstrahlung, die faktisch auf ein eigenes landesweites Programm hinauslief. Berlusconis Sender wurden abgeschaltet, das Volk protestierte. Es wollte sich mit der betulichen RAI nicht mehr begnügen, die bunte Glitzerwelt des Berlusconi-Fernsehens nicht länger missen. Nach drei Tagen Sendepause hob der Ministerpräsident Bettino Craxi den Richterspruch per Dekret auf.

Von Craxi, seinem Trauzeugen und Paten einer Tochter, mit maßgeschneiderten Gesetzen und Dekreten unterstützt, baute sich Berlusconi fortan eine landesweite Senderkette und ein Quasi-Monopol im Privatfernsehen auf. Zum 1979 gegründeten Canale 5 kamen bald Italia 1 und Rete 4 hinzu.

Als Gegenleistung gab es nicht nur Parteispenden in Millionenhöhe, sondern auch politische Sendungen, die den Sozialisten Craxi, aber auch dessen christdemokratischen Koalitionspartner als Lichtgestalten präsentierten. Kritische Berichterstattung, gar über den Förderer, war verpönt. Im Übrigen aber bildeten - und bilden bis heute - Sing- und Spielshows mit hübschen Mädchen den Kern des Berlusconi-Programms.

Aber auch die segensreiche Symbiose von Politik und

Kommerzfernsehen konnte nicht verhindern, dass Italiens "Erste Republik" - wie sie später genannt wurde - in einem Morast von Korruption versank. Junge Mailänder Staatsanwälte stießen bei ihren Recherchen, die sie unter das Motto "Mani pulite" (Saubere Hände) stellten, auf ein System aus Bestechung und Vetternwirtschaft, das sie "Tangentopoli" nannten. Mit ihren Gönnern aus dem Staatsapparat wanderten Hunderte von Unternehmern und Managern vor Gericht - und viele ins Gefängnis. Auch Berlusconi drohte wohl Gefahr. Der TV-Mogul hatte über Nacht ein Problem: Die alten politischen Freunde waren entmachteter, getürmt - so wie später Ex-Regierungschef Craxi vor einer fünfjährigen Haftstrafe nach Tunesien floh. Oder sie wandten sich von ihren einstigen Partnern ab. Der Mann aus Mailand beschloss, selber politisch aktiv zu werden.

Schon im Frühsommer 1992, sagte Fininvest-Manager Ezio Cartotto später aus, sei die Entscheidung Berlusconis gefallen, in die Politik einzusteigen. Der Zeuge berichtete auch über die Motive: Die "bisherigen Bezugspersonen der Fininvest-Gruppe" seien ausgefallen, ein Erfolg der Linken hätte womöglich "zuerst zu einem Scherbenegericht und dann zu gravierenden Schwierigkeiten für die Gruppe Berlusconi geführt". Schließlich sanken bereits die Umsätze.

Als im Juni 1993 die Linksparteien tatsächlich die Kommunalwahlen gewannen, wurde das bis dahin eher halbherzig betriebene politische Projekt mit voller Kraft angekurbelt. Auf der Grundlage eines Manifestes ("Auf der Suche nach einer guten Regierung"), das der heutige Kulturminister Giuliano Urbani aus Sentenzen von Maggie Thatcher und Ronald Reagan zusammengebastelt hatte, entstand die "Associazione Nazionale dei Club 'Forza Italia'" (ANFI). Überall im Land ließ Berlusconi nun solche Clubs gründen, von Freunden, Geschäftspartnern, Angestellten. Mächtig aktiv war auch "Programma Italia". Hinter diesem Namen verbargen sich Fininvest-Drückerkolonnen, die sonst Versicherungen und Finanzdienstleistungen verkauften. Nun reisten sie mit Köfferchen voller Wimpel und Aufkleber durch Italien.

Auch in den Berlusconi-Sendern wurde für Forza Italia getrommelt, Telefonwerber säuselten es den Italienern in die Ohren: Gründet einen Club, werdet Präsident - das Material, die Statuten kommen von uns.

Bis März 1994 gingen bei ANFI 14 200 Anträge von Club-Gründern ein, etwa eine Million Menschen waren - vor allem rund um Mailand und in Sizilien - in Forza-Clubs organisiert, deren Anführer oft an geschenkten Rolex-Uhren und quietschbunten Schlipsen zu erkennen waren.

Parallel suchten, ab Oktober 1993, die 26 Gebietsleiter der Berlusconi-Agentur Publitalia geeignete Kandidaten für die beiden Häuser des Parlaments aus. Aus 4000 "Kontakten" wurden die potenziellen Forza-Parlamentarier rekrutiert.

Zusammen mit seinen rechten Verbündeten gewann Berlusconi Forza die Parlamentswahlen von 1994 mit deutlichem Vorsprung. Kaum im Amt, zog die neue Regierung gegen die "Mani pulite"-Justiz zu Felde und begann die staatliche RAI zu domestizieren. Aber nicht alles fügte sich, wie es sollte.

Ein nach dem damaligen Justizminister Alfredo Biondi benanntes Dekret nannten die Italiener gleich Rettet-die-Diebe-Dekret. Bestechung und Erpressung wurden darin zu vergleichsweise geringfügigen Vergehen herabgestuft, 156 Personen wurden umgehend aus der Haft entlassen, darunter Verurteilte aus der Wirtschaft, Mafiosi und ein früherer Minister. Doch die Erinnerung an den Sumpf der Korruption war noch zu frisch: Hunderttausende Italiener protestierten, die Regierung zog das Dekret zurück.

Am 22. November 1994, bei einer Uno-Konferenz in Neapel, als er Minister aus aller Welt empfing, schickten Staatsanwälte dem Regierungschef einen "avviso di garanzia", die offizielle Mitteilung, dass nun auch gegen ihn ermittelt wurde: Er habe, so der Vorwurf,

Finanzbeamte bestochen. Als Berlusconi dann auch noch die Renten beschneiden wollte, reichte es seinen Partnern von der Lega Nord, der Protestpartei der kleinen Leute. Nach neun Monaten zog Lega-Chef Umberto Bossi lautstark aus der Koalition aus und beendete damit Berlusconis erste Regentschaft.

Die Kombination aus politischer Macht und dem Zugriff auf das Fernsehen, fand Bossi damals, "verstößt gegen die Verfassung" und sei eine "Anomalie". Eine parlamentarische Untersuchungskommission müsse endlich klären, von wem Berlusconis Gelder stammen. "BerlusKaiser" nannte er seinen Ex-Partner und: "Mafioso aus Arcore".

Berlusconi wollte daraufhin "niemals mehr" mit dem rüden Bossi zu tun haben. Doch 2001 starteten beide - längst wieder Freunde - gemeinsam mit AN-Chef Gianfranco Fini und Democrazia-Cristiana-Erben einen neuen Regierungsversuch.

Berlusconi musste sich in die Politik stürzen, musste politische Macht erringen, um sich und sein Imperium zu retten. "Wenn ich nicht in die Politik gehe", habe der ihm damals gestanden, sagt Enzo Biagi, der inzwischen gefeuerte RAI-Kommentator und politische Essayist, "dann lassen sie mich Pleite gehen und im Gefängnis enden." Gelegentlich war es fast so weit.

Das erste böse Urteil - dem freilich ein Happy End folgte - kassierte Berlusconi 1990 beim Appellationsgericht Venedig. Es ging um seine Mitgliedschaft in der Geheimloge "Propaganda 2" (P2). Sie bestand aus einer Gruppe reaktionärer Politiker, Generäle und Wirtschaftsmagnaten, die Italien vor den Linken schützen wollten, notfalls auch mit Gewalt und Verfassungsbruch.

Nichts habe er mit denen zu tun, beschwor Berlusconi vor Gericht, er sei kein Mitglied. Als aber P2-Gründer Licio Gelli ins Ausland floh - verwickelt in die Milliardenpleite der Vatikan-Bank und verstrickt in Attentate rechtsextremistischer Bombenleger -, fand die Polizei in seinem Haus ein Mitgliederverzeichnis der Geheimloge. Unter den 962 klangvollen Namen fand sich als Nr. 1816 auch Silvio Berlusconi.

Man habe ihm die Mitgliedskarte irgendwann unaufgefordert zugeschickt, er habe sie gleich in den Papierkorb geworfen, wand sich Berlusconi. Sein Glück: Der Meineid, so entschied das Gericht, falle unter eine Amnestie aus dem Jahre 1989.

Bald darauf stand er wieder vor dem Kadi, weil er - in vier Fällen - Beamte der Steuerpolizei Guardia di Finanza geschmiert haben sollte. Er wurde zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verdonnert. Die nächste Instanz billigte ihm freilich mildernde Umstände in drei Vorgängen zu und sprach ihn auch im vierten Fall - mangels ausreichender Beweise - frei.

Zwei Jahre, vier Monate - hieß das Urteil im so genannten All-Iberian-1-Prozess, weil er 21 Milliarden Lire (11 Millionen Euro) seinem großen Gönner, Regierungschef Craxi, als illegale Parteispende zugesteckt habe. All Iberian war eine Tarnfirma in der Schweiz, die Berlusconi als schwarze Kasse diente. 300 Millionen Euro sollen sich dort nach den Erkenntnissen der Ermittler binnen wenigen Jahren angesammelt haben. Aus dem Topf sollen auch die Strohmänner bezahlt worden sein, die Pro-forma-Anteile an Berlusconis Pay TV hielten. Der Chef selbst durfte offiziell nur zehn Prozent besitzen.

Zum 4. Teil ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

TITEL

Die Akte Berlusconi (4)**DER SPIEGEL**

aus Heft

27/2003 ▶▶

◀◀ **Zurück zum 3. Teil**

Und wieder hatte Berlusconi Glück. Diesmal befanden die nächsthöheren Instanzen, nach langen Prozessjahren: Die Tat ist verjährt.

Ähnlich endeten noch weitere Verfahren in Berlusconis umfangreicher Prozesskarriere. Auch beim Kauf von Grund und Boden rund um seine Zweitvilla in Macherio, einem prächtigen, einst vom Adelsgeschlecht der Visconti erbauten Anwesen, soll es zu steuerlichen Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Als er für seinen Fußballclub AC Milan den Spieler Gianluigi Lentini einkauft, soll er dabei sechs Milliarden Lire (3,1 Millionen Euro) schwarz gezahlt haben.

Nicht immer fiel das glückliche Prozessende vom Himmel oder wurde herbeigeführt, weil die Mühlen der ihm so verhassten Justiz zu seinen Gunsten so unendlich langsam mahlen. Berlusconi hat, kaum war er im Mai 2001 wieder an der Macht, Regierung und Parlament aktiv an der Rechtsgestaltung arbeiten lassen. Schon im Oktober des Jahres erschwerte Italien die Bedingungen für die Rechtshilfe über nationale Grenzen hinweg. Die Beweiskraft ausländischer Dokumente, etwa Schweizer Bankauszüge, wurde an extreme bürokratische Voraussetzungen geknüpft, die in der Praxis nur schwer zu erfüllen sind. Viele in Jahren gesammelte Beweise waren über Nacht wertlos.

Lange verhinderte Italien in der Europäischen Union, dass der internationale Haftbefehl, der in jedem Mitgliedsland fortan einfach zu vollstrecken sein sollte, auch für Delikte wie Betrug, Korruption und Geldwäsche gilt. Erst nach langem Feilschen akzeptierte man einen völlig verwässerten Kompromiss. "Kein Arbeiter Mailands wird an Galgenland" - so pflegt der Berlusconi-Partner Bossi Europa zu nennen - "ausgeliefert", dröhnte es aus Rom.

Viel relevanter als für einen Mailänder Arbeiter könnte dieser Kompromiss freilich für den Mailänder Medienmogul sein. Der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzón, der Mann, der Chiles Diktator Augusto Pinochet verhaften ließ, ist seit geraumer Zeit in Sachen Berlusconi aktiv. Er verdächtigt ihn, beim Kauf von Anteilen des spanischen TV-Senders Telecinco nicht nur das dortige Kartellgesetz umgangen, sondern auch etwa 50 Millionen Euro Steuern hinterzogen zu haben. Die Sache ruht, solange Berlusconi als Regierungschef international unter die so genannte Staatenimmunität fällt. Garzón indes ist bekannt für seinen langen Atem.

Die Hauptarbeit von Berlusconis politischen Erfüllungsgehilfen aber galt dem vertrackten Sme-Prozess. Bei der Privatisierung des staatlichen Lebensmittelkonzerns Sme soll Berlusconi 1986 mit Schmiergeld nachgeholfen haben. Akribisch hatten Mailänder

Staatsanwälte den Weg von umgerechnet rund 100 000 Euro über diverse Mittelsmänner auf das Schweizer Konto eines römischen Richters verfolgt.

Zuerst versuchte Justizminister Roberto Castelli im Dezember 2001 einen der Sme-Richter zu versetzen. Das Verfahren wäre damit ausgehebelt worden. Er scheiterte am Berufungsgericht: Ein Jahr dürfe der Richter noch bleiben, entschied das gegen seinen Dienstherrn.

Im November 2002 beschloss das römische Parlament dann ein Gesetz zur Verlegung von Strafverfahren: Hat ein Angeklagter Anlass, an der Unvoreingenommenheit seiner Richter zu zweifeln, darf er die Verlegung des Prozesses verlangen. Immer wieder hatten die Verteidiger von Berlusconi und Cesare Previti, seinem früheren Anwalt, späteren Verteidigungsminister und nun Mitangeklagten, gefordert, das Verfahren von Mailand nach Brescia zu verlegen.

Doch das war ein allzu durchsichtiges Manöver: Der Prozess hätte dann von neuen Richtern neu begonnen werden müssen, ein Ende wegen Verjährung wäre de facto unvermeidlich gewesen. Wieder setzte sich die Justiz, diesmal das Kassationsgericht Mailand am 28. Januar dieses Jahres, zur Wehr: Es gebe keinen berechtigten Anlass, an der Unvoreingenommenheit der amtierenden Richter zu zweifeln.

Ende April wurde Berlusconis Vertrauter Previti in einem anderen Verfahren, in dem es um Bestechungsgelder bei der Berlusconi-Übernahme des Mondadori-Verlags ging, zu elf Jahren Haft verurteilt. Das Urteil gegen Previti ließ für Berlusconi im ganz ähnlich gelagerten Sme-Fall das Schlimmste erwarten.

Nun blies Italiens Regierungschef zum offenen Kampf gegen die "politisierte Justiz". Für ihn waren die Mailänder Richter selbstverständlich linke Verschwörer. Die "roten Roben" gingen seiner Auffassung nach mit der "Logik von Putschisten" zu Werke. Dies müsse "im Interesse des Landes und seiner Bürger beendet werden". In einer "liberalen Demokratie" dürfe sich die Justiz nicht "die Regierung verschaffen, die sie haben" wolle.

Dagegen möchte Berlusconi sich offenbar die Justiz schaffen, die er sich wünscht. In seiner Regierungskoalition Casa delle libertà jedenfalls erhält der die Freiheit, der sie sich nimmt. Dank des Immunitätsgesetzes ist Berlusconi die Sorge um eine Verurteilung im Sme-Prozess wohl endgültig los. Italienische Juristen sind sicher: Nach dem Ende seiner Regierungszeit würde auch dieses Verfahren wegen Verjährung der Tat eingestellt werden.

Die Justiz werde ihm nichts anhaben, glaubt Berlusconi zuversichtlich, "nur das Volk" dürfe über ihn urteilen. Das habe ihn schließlich gewählt.

Allerdings: König Silvios Untertanen sind inzwischen irritiert. Die Popularität des Populisten sinkt. Dass er heute wiedergewählt würde, ist ungewiss. Seine Regierung ist zerstritten, ihre Bilanz ist mager. Nur auf die anhaltende Entschlossenheit der richtungslosen Opposition, sich selbst zu zerfleischen, kann er noch bauen. Aber auch nur, solange sein einzig gefährlicher Rivale und Hoffnungsträger im Ulivo-Lager noch nicht zurück ist: Italiens Ex-Regierungschef, derzeit Präsident der EU-Kommission, Romano Prodi, der voraussichtlich 2006 gegen Berlusconi antreten wird.

Der Präsident der EU-Kommission freut sich keineswegs darauf, nun sechs Monate lang mit seinem erklärten Gegner auf EU-Gipfeln, bei Staatsbesuchen in einer dichten Folge von Begegnungen eng zusammenarbeiten zu müssen. Gleichwohl werde Prodi, so ein enger Vertrauter, die Arbeit "so intensiv wie normal" gestalten.

Dennoch ist es kein Geheimnis, was Prodi wirklich über den künftigen EU-Ratspräsidenten denkt. Er hält das regierende römische Irrlicht für gefährlich. Berlusconi sei im Vorfeld der italienischen Präsidentschaft durch die Parteinahme für Washington in der Irak-

Frage, durch seinen Auftritt in Israel quasi im Auftrag Bushs und durch seine eigenwillige Einladung an Putin, rasch der Union beizutreten, eklatant von geltenden EU-Beschlüssen abgewichen - in einer Weise, für die es in der 50-jährigen Gemeinschaftsgeschichte des Gründerstaates Italiens keine Parallele gebe.

Auch Berlusconi's Kollegen sehen den nächsten sechs Monaten nicht mit großer Begeisterung entgegen. Frankreichs Präsident Jacques Chirac hält den römischen Premier für eine "aufgeblasene Null". Der Italiener habe Ego-Probleme. Seit Berlusconi's Amtsantritt sind die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich - früher immer reibungslos und sogar herzlich - stark abgekühlt.

In Berlin sind die Zeiten ebenfalls vorbei, als Deutschland und Italien, wie noch vor der EU-Regierungskonferenz in Nizza, gemeinsame Initiativen zur Reform der Union vorlegten. Italien wird in Berlin mittlerweile als unsicherer Kantonist mit antieuropäischen Neigungen betrachtet; nur laut sagen mag das keiner. Dass es "nicht ganz einfach" sei mit den Italienern, ist alles, was Berliner Diplomaten derzeit einräumen - und auch das nur anonym.

Deutlich besser ist Berlusconi bei der britischen Regierung angesehen. Schließlich kooperiert Tony Blair bei Arbeitsmarktreformen in der EU eng mit seinem italienischen Kollegen.

Was an Berlusconi so irritiert in Brüssel, ist nicht, dass er italienische Interessen hart vertritt und Dinge, die nichts miteinander zu tun haben, zu Paketen verschnürt, um die anderen mit Veto-Macht zu erpressen. Das ist gängige Praxis.

Doch dass er die Staats- und Regierungschefs zwang, sich ausgerechnet auf dem Irak-Krisengipfel mit italienischen Milchquoten zu beschäftigen, dass er einen Schreianfall inszenierte, als der Niederländer Balkenende die Interessen seiner Bauern und der Luxemburger Juncker die Bedenken seiner Banker nur zu erwähnen wagten: Das alles weckt Zweifel, ob Berlusconi zu einer auch nur halbwegs unparteiischen Präsidentschaft in der Lage ist.

Dennoch halten sich die Staats- und Regierungschefs jetzt vornehm diplomatisch zurück, ganz anders als im Fall des kleinen Österreich. Als in Wien der Rechtspopulist Haider seine Freiheitlichen 2000 in eine Koalition mit dem Konservativen Wolfgang Schüssel geführt hatte, reagierten die Regierungschefs mit bilateralem Boykott und mieden eine Zeit lang den Kontakt zu den Wiener Schmuttelkindern - mit zweifelhaftem Erfolg. Vielleicht scheuen Europas Oberhäupter deshalb jetzt vor moralischer Empörung zurück. Niemand denkt auch nur daran, den Artikel sieben des EU-Vertrages gegen Berlusconi's Italien einzusetzen. Der erlaubt die Eröffnung eines Sanktionsverfahrens, wenn ein Mitgliedstaat gegen wichtige Grundsätze der Union verstößt, etwa die Pressefreiheit oder die Rechtsstaatlichkeit.

Von Berlusconi selbst gehe keine Bedrohung aus, argumentieren die Partner, weil er fast alles unterschreiben würde, solange er nur die symbolträchtige Unterzeichnung der neuen EU-Verfassung in Rom erreicht. Das ist ihm zugesagt.

So bleibt es den italienischen Wählern überlassen, wie lange sie ihren Volkstribun ertragen wollen. Und die Warnungen der Justiz, die Appelle von Intellektuellen, die Enthüllungen der Medien, der Hohn aus dem Ausland, die Massendemonstrationen gegen die ungenierte Inbesitznahme des Staates durch seinen Ministerpräsidenten zeigen allmählich Wirkung. Im Herbst 2001 waren 42 Prozent der Italiener mit ihrer Regierung zufrieden (33 Prozent unzufrieden, 25 Prozent unentschieden). Jetzt sind es nach einer Umfrage aus der vorigen Woche nur noch 29 Prozent. 48 Prozent sind inzwischen unzufrieden.

Darum kommt Berlusconi das europäische Ehrenamt jetzt gerade recht. Er wird ein Feuerwerk von Europa-Meetings zünden: Zu den offiziellen Ratstreffen - der Versammlung der Finanz-, Wirtschafts-,

Arbeitsminister - sollen über 20 "informelle" Treffen kommen, normal sind eher 8 in einem Halbjahr. "Ein Räterausch", spottete bereits ein römischer Diplomat.

Europa soll, für sechs Monate, die Schlagzeilen und Nachrichtensendungen Italiens beherrschen. Und: Europa, das wird er sein, der Präsident des Rates, der Wortführer aller EU-Staats- und Regierungschefs. Die dürfen ihm dann als Staffage dienen, als Hintergrund auf seinem fest ins Auge gefassten Rückweg zu Glanz und Glamour.

Dafür hat er sich sogar einen neuen Blick auf den Staatenclub des alten Kontinents zugelegt. Falls Europa, allen voran Deutschland und Frankreich, "nicht begreift, dass sich die Dinge in Rom verändert haben", zitierte ihn die Zeitung "la Repubblica" im Herbst 2001, "bin ich bereit, Europa zu verlassen".

Heute spricht er ganz anders. "Meine Europa-Leidenschaft steht außer Diskussion", versicherte er kürzlich Giscard d'Estaing. Schließlich ist er ein unvergleichlicher Europäer: "Zeigt mir in Europa einen, der ein vergleichbares Imperium geschaffen hat", prahlt Berlusconi gern.

Zuweilen allerdings fügt er in einem Anfall von Bescheidenheit hinzu: "Nur Bill Gates stellt mich in den Schatten."

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil der Dossiers:

▸ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶



PAOLO COCCO / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Ministerpräsident Berlusconi

[ZURÜCK ZUM ARTIKEL](#)



STEFANO RELLANDINI / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Verfolgt

[ZURÜCK ZUM ARTIKEL](#)



GIUSEPPE GIGLIA / AFP

Geschützt

ZURÜCK ZUM ARTIKEL

Gesetze nach Maß

Im Sinne Berlusconi's geändertes Recht



2. August 2001

BILANZFÄLSCHUNG

Der Senat stimmt einem neuen Gesetz zu, das Bilanzfälschung de facto nicht unter Strafe stellt. Nach Meinung der Opposition stehe einzig im privaten Interesse des Ministerpräsidenten.



5. Oktober 2001

RECHTSHILFE-ERSUCHEN

Der Senat stimmt endgültig der Einschränkung internationaler Rechtshilfeersuchen zu. So dürfen zum Beispiel nur Dokumente benutzt werden, die entsprechend dem italienischen Verfahren entstanden sind. Damit könnten in Prozessen gegen Berlusconi und seine Manager wichtige Beweismaterialien aus dem Ausland entwertet werden.




5. November 2002

Cirami-Gesetz

Einführung des „begründeten Verdachts“: Zweifel an der Unvoreingenommenheit der Richter können als Grund für die Verlegung des

Verfahren seit 1990

Fall, Bereich	Anklage	aktueller Stand
Geheimloge P2	Meineid	Amnestie
All Iberian 1, Offshore-Geschäfte	Illegale Parteienfinanzierung	verjährt
Fininvest, Medien	Bestechung von Finanzbeamten	Freispruch bzw. verjährt
Medusa, Film	Bilanzfälschung	Freispruch
Villa Macherio, Immobilien	Steuerhinterziehung, Bilanzfälschung	Freispruch bzw. Amnestie
Fininvest/RAI, Werbefernsehen	Amtsmissbrauch	eingestellt
Mediaset, Fernsehen	Bestechung	eingestellt
Telecinco (Spanien), Fernsehen	Steuer- und Wettbewerbsdelikte	ruht, solange Berlusconi im Amt ist
All Iberian 2, Offshore-Geschäfte	Bilanzfälschung	verjährt
Mondadori, Buch- und Zeitungsverlag	Korruption; Richterbestechung	verjährt
Lentini, Fußball	Bilanzfälschung	verjährt
Sme, Lebensmittel	Korruption; Richterbestechung	ruht wegen neuer Immunitätsregelung
Fininvest, Offshore-Finanztransaktion	Bilanzfälschung	Gesetzesänderung, Prozess beendet
Fininvest, Filmrechte	Steuerhinterziehung	Ermittlungsverfahren



genommene Mehrheit der Richter können als Grund für die Verlegung des Gerichtsorts gelten. Die Gesetzesänderung fand auf dem Hintergrund des Berlusconi-Prozesses in Mailand wegen Bilanzfälschung statt. Berlusconi wollte den Gerichtsort verlegen, was ihm aber trotz Gesetzesänderung nicht gelang.

18. Juni 2003

Immunität I

Die Abgeordnetenkammer stimmt dem Gesetz zu, das den fünf höchsten Repräsentanten des Staates für die Dauer ihrer Amtszeit Immunität gewährt.

geplant

Immunität II

Der nächste von der Berlusconi-Koalition Haus der Freiheiten angekündigte Schritt ist die Immunität für alle Parlamentarier. Berlusconi besäße dann im Falle seiner Abwahl auch als einfacher Abgeordneter weiterhin Immunität.

DER SPIEGEL

Gesetze nach Maß

[ZURÜCK ZUM ARTIKEL](#)

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft

26/2003 ▶▶

Leidensweg durch die Justiz

Mit Sondergesetzen schützt sich Silvio Berlusconi vor dem Zugriff der Richter. Als neuer EU-Ratspräsident belastet er nun die Union.

Das Pferd heißt "Zenith", ist etwa vier Meter hoch, 800 Kilogramm schwer und unterwegs nach Brüssel.

Im Foyer des Europäischen Parlaments soll die Skulptur aus Bronze und Aluminium des italienischen Künstlers Mimmo Paladino den Ruhm ihrer Heimat mehren und vor allem den ihres Absenders, Roms Regierungschef Silvio Berlusconi.

Der reichste, mächtigste und umstrittenste Italiener wird Anfang kommender Woche Präsident des Europäischen Rates. Sechs Monate soll er die EU intern koordinieren und nach außen vertreten. Und weil die telegenen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs künftig nicht mehr im Land des jeweiligen Ratsvorsitzenden stattfinden, sondern aus Kostengründen nur noch in der EU-Zentrale, will Berlusconi Brüssel eben italienisieren.

Teppiche, Kunstwerke und prachtvolle Blumenkübel werden ins Ratsgebäude Justus Lipsius gekarrt. Die besten Weine und Delikatessen aus Bella Italia werden offeriert, ein Konzert mit Italiens Dirigenten-Superstar Riccardo Muti ist geplant.

Der Glamour des repräsentativen EU-Jobs soll endlich die Schatten und das Zwielicht vertreiben, die ihn umgeben, seit der einstige Conférencier erst zum Baulöwen, dann zum Medientycoon aufstieg. Mit dem TV-Glanz der sechs Monate, in denen Berlusconi Europas Chairman geben darf, will er auch daheim seinen ramponierten Ruf aufbessern. Denn seine Regierungsbilanz ist blamabel, seine Politik von Skandalen unwittert, er selbst musste sich immer wieder vor Gericht verantworten.

Kaum ein Wahlversprechen hat er bislang erfüllt. Die Koalitionspartner, aufgeschreckt durch schmerzliche Verluste bei den jüngsten Regional- und Kommunalwahlen, geraten sich täglich in die Haare. Offen droht Umberto Bossi, populistischer Anführer der separatistischen und ausländerfeindlichen Lega Nord, bereits mit Koalitionsbruch. Schon 1994, bei Berlusconis erstem Regierungsversuch, war es Bossi - und nicht, wie Berlusconi es heute gern darstellt, der Ermittlungsdrang "kommunistischer Staatsanwälte" -, der ihn aus dem Amt hievte. Bossi über Berlusconi damals: "Ein Mafioso".

Und auch außerhalb Italiens soll das Europa-Amt dem skandalbehafteten Mailänder endlich die ersehnte Anerkennung bescheren. Doch das Vorhaben ging schon am Anfang daneben. Beim Treffen mit seinen europäischen Amtskollegen, vorigen Donnerstag und Freitag auf der nordgriechischen Halbinsel Chalkidiki, stand er nur für das italienische Fernsehen im

Mittelpunkt. Klar: Drei von sieben TV-Kanälen gehören zum Familienbesitz, drei staatliche Sender unterliegen seiner Kontrolle.

Tatsächlich wurde Berlusconi von seinen EU-Partnern eher auf vorsichtige oder gar misstrauische Distanz gehalten. In vertraulichen Zwiesgesprächen und kleinen informellen Runden lautete die Frage: Wird die Union unbeschadet die Ratspräsidentschaft Berlusconis überstehen?

Bei der Vorstellung, dass ausgerechnet der regierende Dauerangeklagte Berlusconi, der die Justiz seines Landes als "Krebsgeschwür" beschimpft, nun die anstehende Schlussredaktion der europäischen Verfassung koordinieren soll, kommt in Frankreich, Deutschland und anderen EU-Staaten keine Begeisterung auf.

Vergangenen Dienstag erst stand Italiens Regierungschef wieder einmal wegen Bestechung vor einem Mailänder Gericht. Nach einem einstündigen Monolog, in dem er die Ankläger wüst beschimpfte, musste er dringend zurück nach Rom. Auf Fragen der Staatsanwälte konnte er nicht mehr antworten.

Tags darauf wurde im italienischen Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Berlusconi Immunität zuerkennt und ihn vor juristischer Strafverfolgung einstweilen schützt. Weil die Zeit drängt, tritt das "Rettet-Berlusconi-Gesetz", wie es in Italien spöttisch heißt, nicht erst 15 Tage wie üblich, sondern nur einen Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft. Gegen das "verfassungswidrige" Gesetz protestierten 40 namhafte Rechtswissenschaftler.

Schon plant Berlusconi den nächsten Schlag. Mit Hochdruck, so kündigte er auf dem EU-Gipfel unverblümt den Kollegen an, werde er nun die Justiz seines Landes von Grund auf umbauen. "Niemand, niemand, niemand" solle mehr "einen solchen Leidensweg" beschreiten müssen.

Auch die in der EU einzigartige Machtballung und die sich daraus ergebenden Interessenkonflikte Berlusconis sind, nach den Maßstäben anderer europäischer Demokratien, schwer erträglich. Nahezu jede politische Entscheidung, in Rom oder auf europäischer Ebene, hat Auswirkungen auf das milliardenschwere und weit verzweigte Firmenimperium Berlusconis. In Europas Hauptstädten keimt längst der Verdacht, dass Berlusconi nur in die Politik ging, um sich vor den juristischen Verfahren zu retten und die Kassen seiner Unternehmen zu füllen.

Das gilt auch für manch zweifelhaftes Europa-Engagement Berlusconis. In Brüssel verhindert er zum Beispiel seit längerem, dass die polizeiliche und juristische Zusammenarbeit in der EU effizienter wird. Schließlich ermittelt auch ein spanischer Staatsanwalt gegen ihn.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

► Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ►►

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

Rote Roben

Von Hans-Jürgen Schlamp, Rom

DER SPIEGEL

 aus Heft
 19/2003 ▶▶

Mailänder Richter verurteilten einen engen Vertrauten von Ministerpräsident Berlusconi zu elf Jahren Haft. Nun kämpft der Premier um die eigene Haut.

Dass parteiische Juristen ihn aus dem Amt hebeln wollen, davon ist Ministerpräsident Silvio Berlusconi schon lange überzeugt. Vorige Woche jedoch rief "König Silvio" erstmals seine politischen Freunde zum offenen Kampf gegen die "politisierten Richter" auf.

Deren Ziel sei es nicht, "Gerechtigkeit zu schaffen", sondern diejenigen zu treffen, die Italien regieren, schimpfte Berlusconi. Vor allem die Richter seiner Heimatstadt Mailand gingen "mit der Logik von Putschisten" zu Werke. Dies müsse "im Interesse des Landes und seiner Bürger beendet werden".



Angeklagter Berlusconi:
"Logik von Putschisten"



In 45 Jahren Justizdienst habe er so etwas nicht erlebt, entsetzte sich der vor kurzem pensionierte Mailänder Staatsanwalt Gerardo D'Ambrosio.

Tatsächlich hat wohl noch nie der Regierungschef eines demokratischen Rechtsstaats die Justiz seines Landes so massiv attackiert und die in allen westlichen Verfassungen verbürgte Gewaltenteilung zwischen Justiz und Regierung so offen in Frage gestellt.

Anlass für die Kriegserklärung ist ein - erstinstanzlicher - Urteilspruch vom vergangenen Dienstag gegen den Verteidigungsminister in Berlusconis erster Regierung 1994, Cesare Previti. Elf Jahre soll der Parlamentarier in die Zelle, weil er Richter bestochen habe, urteilte das Gericht.



Verurteilter
Cesare Previti



Regierungsbündnis Haus der Freiheiten eine klare Mehrheit hat. In einem ersten Schritt, so der Plan, werden alle Verfahren gegen Spitzenkräfte des Staates ausgesetzt. So wäre Zeit gewonnen, um ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das Abgeordnete generell für immun erklärt. Nur wenn die politische Mehrheit einen der Ihren ausdrücklich freigibt, könnte die Justiz noch aktiv werden.

In vielen Ländern gibt es solche Regelungen, auch in Deutschland. Hier jedoch ist es nur eine Formsache, dass das Parlament die Immunität eines seiner Mitglieder aufhebt, wenn der Verdacht auf eine Straftat vorliegt. In Italien wurde die Immunität für Parlamentarier vor etwa zehn Jahren per Volksentscheid abgeschafft, weil sich Angehörige der korrupten politischen Klasse stets gegenseitig schützten. Ein Prozess wie der gegen den mehrfachen ehemaligen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti, der am Freitagabend vom Vorwurf der Mafia-Kumpanei freigesprochen wurde, wäre zuvor nicht denkbar gewesen.

Wenn die Immunität jetzt wieder eingeführt wird, dann mit dem Ziel, zu den alten Bräuchen zurückzukehren. Schließlich ist Berlusconi Partei angetreten, wie er selbst bekennt, um den "Triumph der justizialistischen Barbarei" zu verhindern.

Menschlich verständlich ist das ja. Denn wie kein anderer europäischer Staatsmann hatte Berlusconi ständig Ärger mit Gesetzen und mit Richtern, die er "rote Roben" schimpft. Mehr als ein Dutzend Verfahren wegen Bilanzfälschung und Meineid, Steuerbetrug und Bestechung überstand er oft nur knapp. Drei erstinstanzlichen Urteilen, mit zusammen immerhin sechs Jahren und fünf Monaten Haft, entkam er in den Berufungen - mal mangels Beweisen, mal rettete ihn die Verjährungsfrist.

Vier Verfahren liefen noch, als der Multimilliardär im römischen Regierungssitz Palazzo Chigi einzog. Drei haben sich inzwischen erledigt, vor allem weil die Berlusconi-Mehrheit im Parlament die einschlägigen Gesetze so änderte, dass die Anklagen gegenstandslos wurden.

Nur, ein paar Justizbrocken waren bislang trotz aller Kreativität nicht wegzuräumen, darunter zwei Previti-Verfahren. Und auch die Anklage gegen Berlusconi persönlich, er habe 1986 Previti mit umgerechnet 200 000 Mark zu einem Richter geschickt, damit der ihm helfe, an ein staatliches Lebensmittel-Unternehmen zu kommen, überstand alle Finessen der Verteidiger und der Gesetzgeber. In Kürze wollen die Staatsanwälte ihr Schlussplädoyer halten. Darum ist für Berlusconi Eile geboten.

"Es ist unsere Pflicht zu reagieren, und zwar schnell", spornete der Regierungschef seine Paladine an. In einer "liberalen Demokratie" dürften sich Staatsanwälte und Richter nicht "die Regierung verschaffen, die sie haben wollen". Über ihn, Silvio Berlusconi, könne "nur das Volk" urteilen.

Aber auch an dieser Front sieht es für den Populisten derzeit gar nicht gut aus. In einer Blitzumfrage lehnten knapp 60 Prozent der Italiener die Richterschele ihres Premiers ab.

Vielleicht war es ja nur ein Zufall, dass sich vergangenen Mittwoch, am Tag nach dem Previti-Urteil, auch Papst Johannes Paul II. des Themas annahm. Ein Politiker müsse "moralisch absolut integer" sein, philosophierte er vor Tausenden Gläubigen auf dem Petersplatz. Und er müsse "jede Art von Ungerechtigkeit bekämpfen".



AP

Angeklagter Berlusconi: "Logik von Putschisten"

ZURÜCK ZUM ARTIKEL



Verurteilter Cesare Previti

AP

ZURÜCK ZUM ARTIKEL

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft

3/2002 ▶▶

Trauerspiel am Tiber

Europas Empörung über den Rücktritt eines römischen Außenministers beweist: Nach der Ausgabe des neuen Gemeinschaftsgeldes gibt es auf dem alten Kontinent nur noch Innenpolitik. Die EU-Regierungschefs müssen sich auf weiteren Ärger mit dem Kollegen Berlusconi gefasst machen.

Unternehmer, Innovator, Organisator" - die Arbeitsplatzbeschreibung für den künftigen italienischen Außenminister traf nur auf einen zu: "Ich bin der richtige Mann am richtigen Platz", sprach Ministerpräsident Silvio Berlusconi und übernahm, vorigen Mittwoch, das Amt als Zweitjob.

"Ein neuer Wind" soll die "Farnesina", wie die römische Behörde genannt wird, nun durchlüften. Als Erstes werde er die Diplomaten zu Handlungsreisenden für Produkte "Made in Italy" umschulen, deren Erfolge an der Exportstatistik gemessen würden, verkündete Berlusconi. Das könne Wochen oder Monate dauern, und so lange müsse er diese Arbeit eben auch noch machen.

Mit diesem Auftritt voll berstenden Selbstbewusstseins begann eine neue Folge der Fernsehshow "König Silvio", eine Seifenoper, in der sich der reichste Mann Italiens, ein Milliardär mit übersteigertem Ego, ein ganzes Land untertan macht. Er hat die Hoheit über die Bildschirme, über Zeitungs- und Buchverlage. Die von ihm gegründete Partei, Forza Italia, ist die stärkste im Parlament und gehorcht ihm aufs Wort. Viele Abgeordnete sind von seinen Personalmanagern ausgewählt worden.

Berlusconi-Anwälte formulieren als Abgeordnete auf seine Interessen zugeschnittene Gesetzestexte. Er will die Justiz an die Leine legen, die ihn seit Jahren mit Betrugs- und Bestechungsprozessen behelligt. Auch Italiens Verfassung will er ändern, eine Präsidialdemokratie installieren, mit ihm an der Spitze, versteht sich.

Eher amüsiert, wie bei vergleichbaren politischen Umwälzungen in der Vergangenheit auch, hätten Italiens Partner in der Europäischen Union den römischen Berlusconiaden zuschauen können, gäbe es da nicht ein Problem: den Euro.

Kaum ist das neue Geld da, interessieren sich Angehörige der Schicksalsgemeinschaft Währungsunion und künftige Anwärter lebhafter denn je für Vorgänge beim südlichen Nachbarn. Die Gemeinschaft ist alarmiert, wenn es auch nur den geringsten Anschein einer Gefahr für die Stabilität des Euro gibt.

So war der forcierte Rücktritt eines parteilosen und in der Öffentlichkeit eher unbekanntem Außenministers, der sich allerdings beim Fachpublikum einen guten, pro-europäischen Namen gemacht hatte, nicht mehr ausschließlich eine innere Angelegenheit Italiens. Die Partner mischen sich ein. Zu Ende geht die Zeit, in der Europapolitik Teil der nationalen Außenpolitik der Mitgliedstaaten



MARIO DE RENZIS / DPA

Ex-Außenminister Renato Ruggiero: Unvermeidlicher Rücktritt

war. Mit Ausgabe des neuen Geldes hat endgültig die Ära der europäischen Innenpolitik begonnen.

Der noch wenig erfahrene italienische Premierminister Silvio Berlusconi hat offenkundig unterschätzt, wie heftig die Reaktionen auf den Rausschmiss des Chefdiplomaten Renato Ruggiero sein würden. Mit wachsendem Befremden war in Brüssel bereits registriert worden, dass Berlusconi schwieg, als sich führende Köpfe seiner Mitte-rechts-Koalition in abfälligen Bemerkungen über den gerade ausgegebenen Euro zu

übertrumpfen trachteten.

So blieben ohne Rüge:

- Verteidigungsminister Antonio Martino, der zum Euro anmerkte, er habe nicht nur gegenüber dem Dollar, sondern auch "gegenüber der Kartoffel von Macau" an Wert verloren;
- Finanzminister Giulio Tremonti, der öffentlich spottete, die Vorzüge des Euro zu preisen, überlasse er lieber "Fahnen schwingenden Affen, Gesundheitsbetern, Medizinmännern, Wunderheilern und Bankiers";
- Umberto Bossi, Anführer der Lega Nord, der die Stimmung seiner rechten Kameraden so zusammenfasste: "Der Euro ist mir völlig egal."

Allein Ruggiero hielt dagegen. "Ein Trauerspiel" sei das Verhalten der Kollegen, mit denen er "nichts mehr gemein" habe. Das fällige Machtwort sprach Berlusconi dann, aus Brüsseler Sicht allerdings in die falsche Richtung: Ruggiero sei lediglich "ein technischer Minister", der seine Weisungen auszuführen habe.

Der unvermeidliche Rücktritt des Pro-Europäers löste eine Protestwelle in der EU aus, wie es sie bei ähnlichen Anlässen bisher nicht gegeben hat. Der belgische Außenminister Louis Michel hatte kürzlich im Fernsehen beim Verteilen für Noten an Politiker den italienischen Premier auf eine Stufe mit Osama Bin Laden gestellt und sich in Rom entschuldigen müssen. Nun sah er sich bestätigt: "Der Sieg der Anti-Europäer" um Berlusconi sei total.

Die Nachbarn in Frankreich forderten ebenfalls ein neues Bekenntnis Italiens zu Europa. Finanzminister Laurent Fabius erkannte die "Notwendigkeit für einige Klarstellungen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs". Sein Kollege, Europaminister Pierre Moscovici, rief Berlusconi öffentlich dazu auf, endlich "für Ordnung zu sorgen in seiner Regierung und seinen Vorstellungen". Italien müsse sich entscheiden, ob es zu Europa stehe oder auf einen isolationistischen Kurs schwenke, der das Land dann zu einer Randgröße schrumpfen lassen würde.

Besonders betreten reagierten die italienischen Politiker in den Brüsseler Gemeinschaftsbehörden. Nachdem er sich mit Kommissionspräsident Romano Prodi abgesprochen hatte, nahm dessen Landsmann, Wettbewerbskommissar Mario Monti, den heimischen Regierungschef frontal an: Ruggieros Rücktritt sei ein "herber Verlust" für Europa und insbesondere für Italien, "das wahrlich nicht reich ist an kompetenten und glaubwürdigen Vertretern auf der internationalen Bühne".

Die Deutschen reagierten verhaltener. "Nicht aufgeregt, aber wachsam" werde man sein, lautete die Regierungsdevise aus Berlin. Schweren Herzens hatten sich Außenminister Joschka Fischer und Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Zurückhaltung entschlossen. Denn irgendeine Verletzung des europäischen Regelwerks war

Berlusconi ja nicht vorzuwerfen.

Von vornherein ausgeschlossen wurden Sanktionen gegen Rom, wie sie noch etwa im Jahr 2000 durch das Einfrieren der bilateralen Beziehungen zu Wien angewandt worden waren. Damals war es der Truppe des Rechtspopulisten Jörg Haider gelungen, eine Koalition mit der konservativen Volkspartei einzugehen.

Dennoch hält sich das Misstrauen in Brüssel. Prodi, der nach Ende seiner Brüsseler Amtszeit 2005 wieder in der italienischen Politik mitmischen und am liebsten Staatspräsident werden möchte, hat ein Register kleinerer und größerer Sünden Berlusconis wider den europäischen Geist zusammenstellen lassen.

Da findet sich der hinhaltende Widerstand des in vielerlei Prozesse verstrickten Premiers gegen die Einführung eines europäischen Haftbefehls. Sein Land habe, so der Italiener, "schreckliche Erfahrungen" mit einer Justiz gemacht, die dazu "missbraucht" worden sei, politische Gegner auszuschalten.

Europapolitisch bedenklich auch der Rückzug Berlusconis vom europäischen Projekt eines Militär-Airbus. Das Transportflugzeug sei angeblich zu teuer, eine Lockheed aus dem Arsenal seines Freundes George W. Bush würde es auch tun.

Zum 2. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

Inhalt ▶▶

DOSSIER

INHALT ►►

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGELaus Heft
3/2002 ►►**Trauerspiel am Tiber (2)**◀◀ **Zurück zum 1. Teil**

Registriert hat Prodis Stab zudem Berlusconis Weigerung, die europäische AntiBetrugseinheit "Olaf" zu unterstützen. Der deutsche Olaf-Chef Franz-Hermann Brüner hatte im vergangenen Sommer drei italienische Untersuchungsrichter angefordert, die ihn mit ihren ausgezeichneten Kenntnissen im Kampf gegen das Milliardengeschäft des Zigarettschmuggels unterstützen sollten, der zu großen Teilen über Italien läuft. Berlusconi blockiert die Entsendung. Will er Freunde decken? In der Spitze der EU-Kommission wird nichts ausgeschlossen.

In Berlin auch nicht. Deutsche Sozialdemokraten haben sich vorgenommen, in der Italien-Debatte des Europäischen Parlaments in dieser Woche "das Zwielflicht" anzusprechen, in das Berlusconi und sein Gefolge die Rechtsstaatlichkeit Italiens gebracht hätten. Die EU-Politiker wollen den Italiener warnen: Der Vertrag von Nizza eröffne die Möglichkeit, eine Untersuchung gegen einen Partnerstaat anzustrengen, in dem der Verdacht auf eine schwerwiegende Verletzung der Rechtsstaatlichkeit bestehe.

Um Schadensbegrenzung bemüht, positionierte sich Berlusconi vorige Woche eilig als Euro-Primus: "Wenn einer immer an Europa geglaubt hat, dann ich." Mit dem Bekenntnis versuchte er am Freitag erst den Franzosen Valéry Giscard d'Estaing, Präsident des Europäischen Konvents, zu beruhigen und dann am Abend den spanischen Außenminister Josep Piqué, den Chef des Ministerrats. Italien sei für "ein starkes Europa" mit "einer gemeinsamen Außenpolitik und einer gemeinsamen Armee", so Berlusconi.

Seine Botschafter in den EU-Hauptstädten ließ er Journalisten anrufen, um ihnen zu sagen, die italienische Außenpolitik bleibe auch ohne Ruggiero fest auf Europakurs. Zwar wird in Berlusconis Regierungskoalition "Haus der Freiheiten" gebetsmühlenhaft der Berlusconi-Satz wiederholt, Italien sei "das Europa-freundlichste Land der EU". Aber tatsächlich haben hinter diesem Bekenntnis Europa-skeptische Akteure an politischem Gewicht gewonnen.

Vormann der Anti-Europa-Riege ist Umberto Bossi, 60. Bis vor ein paar Jahren träumte er mit seinen Kameraden der Lega Nord von einem selbständigen "Padanien" in Italiens Norden. Nachdem die Staatsgründung kläglich scheiterte, kämpft er nun für mehr Rechte der Regionen.

Gegen das "Europa der Jakobiner" zieht Bossi zu Felde, gegen das "Galgenland", das beherrscht werde von "Kommunisten und Freimaurern", manchmal auch von der "Hochfinanz", die alle gemeinsam nach einem "neostalinistischen Plan" eine Art "Sowjetunion Europa" schaffen und "das Bürgertum ausrotten" wollten. Europa sei "schlimmer als die Nazis".

Weil der Mann Heimatfeste mit Kelten-Symbolen feiert, gelegentlich "heiliges" Po-Wasser anhimmelt und aus seiner rauen Kehle lautstark derbe Worte presst, könnte er leicht als Witzfigur durchgehen. Aber das ist er nicht.

Im Norden verfügt Bossi über eine treue und schnell zu mobilisierende Anhängerschaft. Und 1994, beim ersten Regierungsversuch Berlusconi, stürzte Bossi seinen Partner nach nur sieben Monaten.

Das Gegenstück zum Dröhner Bossi ist der 50-jährige studierte Pädagoge Gianfranco Fini: leise, höflich, mit wohlgeformten Sätzen meist unangreifbaren Inhalts - aber einer wenig Vertrauen erweckenden Vergangenheit.



Partei­führer Gianfranco Fini: Trotz Erblast Anspruch auf das Außenamt?

Fini übernahm 1987 die Führung des Movimento Sociale-Destra Nazionale, einer Partei, in der sich unverbesserliche Duce-Fans und junge Rechtsradikale gleichermaßen wohl fühlten. Fini taufte die Partei um, seit 1995 heißt sie Alleanza Nazionale (AN). Er schrieb ihr ein neues Programm und verpasste sich auch selbst ein neues Image: weltmännisch, liberal, demokratisch. Er reiste nach New York, Paris und London und präsentierte sich in feinsten Gesellschaften. Doch englische Zeitungen schrieben immer noch: "Ein Mussolini im Armani-Anzug."

1994 warf er von Bord des Kreuzfahrtschiffs "Achille Lauro" einen Kranz ins Meer, zur Erinnerung an den amerikanischen Juden

Leon Klinghoffer, der 1985 von einem palästinensischen Kommando ermordet wurde. 1999 fühlte er die "moralische Verpflichtung", das KZ Auschwitz zu besuchen.

Ist der Fini heute wirklich ein anderer als der, welcher noch vor acht Jahren ganz offen Italiens Diktator Benito Mussolini als "größten Staatsmann des Jahrhunderts" lobte?

In Israel ist er weiterhin unerwünscht, obwohl seine Mitarbeiter seit Jahren in Jerusalem um einen Besuchstermin betteln. Nun hat Berlusconi Vizepremier, Kabinettsmitglied ohne Ressort, sogar gute Aussichten, Außenminister Italiens zu werden, wenn sein Chef des Doppelamts müde geworden ist. Die Ernennung dürfte in Brüssel zu einem neuen Aufschrei der Empörung führen.



DER SPIEGEL
Mussolini (um 1930)

Doch Europas größtes Problem in Rom bleibt Silvio Berlusconi.

Der italienische Regierungschef wird auch weiterhin eine engere europäische Kooperation der Polizei- und Justizapparate blockieren, sonst wächst sein Risiko und das vieler Freunde, ins Gefängnis gesperrt zu werden. Mehr als zwei Dutzend Forza-Abgeordnete stehen vor Gericht, so zählte das Nachrichtenmagazin "L'Espresso", weil sie als Geldwäscher der Mafia gearbeitet, in die Staatskasse gegriffen oder Richter bestochen haben sollen.

Auch Berlusconi ist noch immer in akuter Gefahr. Im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Richterbestechung, gegen ihn sowie seinen früheren Anwalt und jetzigen Forza-Abgeordneten Cesare Previti, fürchten Vertraute einen Schuldspruch noch in diesem Frühjahr. Erwarteter Urteilstenor: Haft für den Regierungschef.

Manche Hoffnungen ruhen nun auf Justizminister Roberto Castelli aus Bossis Lega Nord. Der ist bemüht, einen der drei Mailänder

Richter im Berlusconi-Previti-Prozess zu versetzen. Gelingt ihm das trotz der gegenteiligen Entscheidung eines Mailänder Berufungsgerichts, müsste das Verfahren womöglich noch einmal von vorn beginnen und würde mit der Verjährung des Delikts enden - wie schon andere Klagen gegen Berlusconi.

In seinem neuen Doppelamt verhedderte sich Berlusconi gleich am ersten Tag: Den Antrittsbesuch von Spaniens Außenminister Piqué als amtierender Präsident des EU-Ministerrats wollte er zunächst aus Zeitmangel einfach absagen. Erst nach Protesten aus Madrid und Brüssel wurde der Termin auf Freitag verschoben. Zaghafte fragten ihn Vertraute auch schon, wie er einen protokollarischen Konflikt zu lösen gedenke: Wenn er als Außenminister den Staatspräsidenten begleiten müsse, dürfe der Regierungschef Berlusconi dem Präsidenten nicht die Show stehlen.

Aber kritische Fragen erreichen Silvio Superstar schon lange nicht mehr. Mäkeleien werden stets als "anti-italienisch" abgetan, ein Attribut, das neuerdings offenbar auch für einen alten Freund, den Fiat-Hauptegner Giovanni Agnelli, gilt.

Der große alte Mann des italienischen Kapitalismus hatte sich im Wahlkampf offen auf Berlusconis Seite gestellt und ihn regelmäßig verteidigt. Italien, predigte Agnelli immer wieder, sei "keine Bananenrepublik".

Nun, nach den Eskapaden Berlusconis, hat sich Agnelli wieder zu Wort gemeldet: In Italien gebe es "nicht einmal mehr Bananen, sondern nur noch Kaktusfeigen". Die heißen auf Italienisch "fichi d'india" - genau wie ein landesweit bekanntes Blödel-Duo.

Ob der Fiat-Chef da an Berlusconi und seinen Adlatus Bossi gedacht hat?

DIRK KOCH, HANS-JÜRGEN SCHLAMP

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▸ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶



DER SPIEGEL

Mussolini (um 1930)

ZURÜCK ZUM ARTIKEL

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft

21/2001 ▶▶

Der unheimliche Milliardär

Mit einer Koalition aus Ex-Faschisten und Rechtspopulisten gewinnt der Medienmogul Silvio Berlusconi die Macht in Rom: ein Risiko für Italiens Demokratie und eine Belastung für Europa.

Chinesische Vasen, Marmorsims über dem Kamin, eine kleine Renaissance-Statue, an den Wänden edle Gemälde in reich verzierten Rahmen. Dazu ein kostbarer Schreibtisch und ein Stuhl wie ein Thron: Das ist Italiens neues Machtzentrum.

Aus dem prunkvollen Arbeitszimmer in seiner 147-Zimmer-Villa San Martino in Arcore, einem riesigen Park vor den Toren Mailands, sprach Silvio Berlusconi, 64, wie ein Nachfahre der Bourbonenkönige zum Volk: "Ich werde alles tun, euch nicht zu enttäuschen."

Fernsehkameras und Mikrofone übertrugen seine erste Botschaft am Tag nach der Wahl in die Studios des Staatssenders Rai und in die privaten des TV-Giganten Mediaset, an dem Berlusconi praktischerweise knapp die Hälfte der Anteile hält.

Der Star der italienischen Polit-Showmaster, Bruno Vespa, der schon im Wahlkampf mit devoten Fragen zu Diensten war, durfte ein Interview fingieren: Er lieferte im Studio die Stichworte, Berlusconi dankte, grüßte, lächelte - im dunklen Maßanzug, hellblauen Hemd und mit modisch gepunkteter Krawatte, in den Händen ein Blatt Papier mit weitschweifenden Plänen. Solche Inszenierungen wird es nun in Italien noch öfter geben.

Silvio Berlusconi, Herr über ein 50-Milliarden-Mark-Imperium aus Verlagen, Fernsehanstalten, Kinoketten, Bauunternehmen und Werbeagenturen, Eigentümer des Fußballclubs AC Mailand, Träger des Verdienstordens "Ritter der Arbeit" und als "Il Cavaliere" hofiert, hat seit dem 13. Mai eine neue Großfirma: 300 000 Quadratkilometer Gelände, 57 Millionen Beschäftigte - Italien. Wie seine Unternehmen werde er das Land führen, hatte er im Wahlkampf angekündigt, und eine breite Mehrheit nahm das als Verheißung: So einen wie ihn, so ihr Glaube, erfolgreich, durchsetzungsstark, notfalls skrupellos - solche Männer braucht das Land.

In einem fulminanten, 100 Millionen Mark verschlingenden Wahlkampf eroberte Berlusconi mit seiner Fünf-Parteien-Allianz "Casa delle Libertà" (Haus der Freiheiten) 368 von 630 Sitzen in der Abgeordnetenkammer und 177 von 315 Senatssesseln.

Auch wenn in der Provinz noch gezählt, um einige Sitze noch gestritten wird, eine Mehrheit von historischer Seltenheit im Vielparteienstaat gibt ihm nun die ersehnte Chance, das Land mit seiner 59. Nachkriegsregierung "in ein Laboratorium zur Entwicklung einer effektiven, beispielhaften Staatsmaschine" zu verwandeln, so einer der bizarrsten Sprüche Berlusconis.

Alle Warnungen heimischer Intellektueller und ausländischer Kritiker vor einer beispiellosen Machtkonzentration in den Händen des Laboratoriums-Politikers verhallten. Künftig wird der reichste Mann des Landes auch dessen Regierung führen und über die von ihm gegründete Partei Forza Italia das Parlament dominieren. Das private Fernsehen hört längst auf das Kommando Berlusconis. Nun fällt ihm auch das Staatsfernsehen zu.

Die Gewaltenteilung, ein Wesenselement jeder Demokratie, wird in Italien damit gefährdet. Und offen hat der künftige Regierungschef angekündigt, dass er auch die - noch - unbotmäßige Justiz zähmen will.

Selbst ein Heiliger käme bei dieser Anhäufung von Macht in Versuchung, Berlusconi aber ist ein Sünder mit einer langen Liste von Verfehlungen, der Italien und Europa in Bewunderer und Ankläger teilt. Einer mit dem Geruch von Macht und Geld - ein unheimlicher Milliardär.

Ihm zur Seite stehen politische Freunde, die das Misstrauen vieler europäischer Partner gegen das neue Regiment in Rom zusätzlich schüren.

Gianfranco Fini zum Beispiel, der Erbe von Mussolinis Faschistenbewegung, wird Berlusconis Stellvertreter. Seine Alleanza Nazionale (AN) ist ein Magnet für alte Duce-Fans und junge Rechtsradikale, orthodoxe Katholiken und Law-and-Order-Anhänger.

Kaum vertrauenerweckender ist Umberto Bossi, Führer der anfangs separatistischen, heute nur noch populistischen Lega Nord. Wie Fini war auch das italienische Nordlicht Bossi - er stammt aus der Nähe von Varese - Berlusconis Partner bei dessen erstem, schon nach sieben Monaten im Jahr 1994 gescheiterten Regierungsversuch.

Bossi zieht nicht nur gegen Ausländer zu Felde, die für Kriminalität und Moralverlust im Land erhalten müssen, sondern auch gegen Europa. Als verruchte Aktionen von "Freimaurern und Kommunisten" beschimpft er regelmäßig alles, was in Brüssel entschieden wird. Und wenn in Berlin oder Paris über die Zukunft diskutiert wird, wittert Bossi einen "neostalinistischen Plan" der Linken, die einen "europäischen Superstaat, eine Sowjetunion Europa", schaffen wollten.

"Wie immer, wenn es zum Schwur kommt, sind die Italiener mit uns auf einer Linie", hatte sich der deutsche Italien-Botschafter Fritjof von Nordenskjöld noch Ende vorigen Jahres beim brisanten EU-Gipfel in Nizza über die treuen Alliierten südlich der Alpen gefreut. Damit wird es wohl vorbei sein.

Der deutsche Kanzler wolle aus Europa "eine Kopie Deutschlands machen", argwöhnt ein außenpolitischer Berater Berlusconis. Wie Britanniens Tony Blair und Spaniens José María Aznar werde auch der italienische Regierungschef künftig dagegenhalten.

Während Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider und CSU-Landesgruppenchef Michael Glos laut jubelten (Glos: "Die sozialistische Vorherrschaft in Europa bröckelt"), sieht die Mehrheit der Nachbarn Italiens Wahl mit Sorge.

"Ein schwerer Rückschlag für Europa", kommentierte das französische Wirtschaftsblatt "La Tribune". Frankreichs Außenminister Hubert Védrine kündigte "Wachsamkeit" an.

Aus Berlin ließ Gerhard Schröder kühl verlauten, er respektiere die Entscheidung des italienischen Volks. Schon vor dem Wahltag hatte Schröder mit seinem Pariser Kollegen Lionel Jospin die drohenden Wolken über Rom aufziehen sehen. Beide waren besorgt - aber ratlos. Keiner will noch einmal zu EU-Straffaktionen wie gegen Haider-Österreich aufrufen. Zu kläglich waren diese gescheitert.

Dabei sind die Schäden, die das viertgrößte EU-Mitglied anrichten kann, beträchtlich. Berlusconis Wahlversprechen bergen neue Risiken für die anfällige Gemeinschaftswährung des Euro.

Das hoch verschuldete und lange krisengeschüttelte Italien durfte 1998 dem Euro-Club nur beitreten, weil die skeptischen Partner Vertrauen in die damals entscheidenden römischen Köpfe hatten: in Regierungschef Romano Prodi und seinen Finanzminister Carlo Azeglio Ciampi. Mit einem Kraftakt begannen die beiden, ihr Land für den Euro fit zu machen - Steuern wurden erhöht, Staatsausgaben verringert, Schulden abgebaut.

Doch Prodi wurde von den eigenen Koalitionären nach Brüssel entsorgt, Ciampi zum vergleichsweise machtlosen Staatspräsidenten hochgelobt. Und jetzt hat Berlusconi das Sagen. Nächste Woche, voraussichtlich am 30. Mai, wird sich das Parlament konstituieren. Bis Mitte Juni will der neue Premier sein Kabinett eingeschworen haben. Dann wird es als Erstes das Staatsfernsehen Rai treffen. "Reiner Tisch" werde dort jetzt gemacht, dröhnte ein Parteigänger Berlusconis. Der hatte das öffentliche Fernsehen seit Jahren als "Waffe der Linken" attackiert.

Die Leitung des Senders soll gleich in den ersten Amtstagen ausgewechselt werden - und dazu unliebsame Moderatoren und Kabarettisten. "Von diesen Pfuschern", drohte Lega-Nord-Chef Bossi, "wird bald keiner mehr reden."

Zwei der drei Rai-Programme sollen, so steht es auf Berlusconis Agenda, privatisiert, der Rest zu einem Schul- und Bildungsfernsehen zurückgestutzt werden. Damit wäre das Feld frei für die Sender von Mediaset, das sich zurzeit mit der Rai und einem weiteren kleinen Privatsender die Zuschauer teilt.

Dann, ironisierte Raidue-Direktor Carlo Freccero die angekündigte Berlusconisierung des Fernsehens, werde "nur noch ein Hofnarr in Italien die Wahrheit sagen dürfen".

Nach den TV-Journalisten will die neue Rechts-Regierung den Justizapparat an die Leine legen. Nicht die "kommunistischen Staatsanwälte", von denen sich Berlusconi seit Jahren verfolgt sieht, sollen fortan entscheiden, gegen wen sie ermitteln. Das Parlament soll alljährlich festlegen, welche Verbrechen die Justiz mit Vorrang zu behandeln habe.

Im Parlament hat Berlusconi die Mehrheit. Er will, wie er in einem Interview darlegte, dass die Justiz sich künftig mehr um die Organisierte Kriminalität und weniger um Steuer- und Bilanzdelikte kümmert. Auch das wäre, zufällig, ganz hilfreich für ihn selbst: Mehrere Vergehen wegen solcher Vergehen sind gegen ihn anhängig.

Ein mehrfach angeklagter Ministerpräsident bestimmt künftig die Zukunft Europas mit. Sein Weg von der Mailänder Vorstadtstraße Via Volturmo in die Milliardenvilla von Arcore führte durch schattige Wege und dunkle Tunnel, die bis heute nicht ganz erhellt worden sind. Seine Geschäfte waren stets gewagt, er hielt Kontakt zu windigen Partnern und großen Gönnern, die Herkunft seiner Gelder: oft unbestimmt

Gewiss: Fleißig und tüchtig muss er wohl gewesen sein, der junge Silvio. Nach dem Abitur arbeitete er neben dem Jura-Studium als Staubsaugervertreter, Conférencier auf Musikdampfern und in einer Baufirma. Dort brachte er es zum Geschäftsführer. 1961 machte er sich selbständig und kam, niemand weiß genau, wie, ganz dick ins Geschäft: Seine Firma Edilnord errichtete Satellitenstädte an der Peripherie von Mailand. Da war Berlusconi gerade mal 25 Jahre alt.

Ende der siebziger Jahre begann er, sein elektronisches Imperium aufzubauen. 250 Millionen Mark flossen ihm damals von 22 "Holdings" zu. Die Identität der Geldgeber hat Berlusconi bis heute sorgsam verborgen, niemand kennt sie.

Mit dem Kapital vernetzte der Aufsteiger kleine Lokalsender zu nationalen Fernsehstationen. Freundschaftlich und hilfreich zur Seite stand ihm dabei ein damals ganz Großer: der Sozialistenchef und langjährige Ministerpräsident Bettino Craxi. Der musste später vor einer drohenden Gefängnisstrafe nach Tunesien flüchten, wo er voriges Jahr starb.

Nach Craxi geriet Anfang der neunziger Jahre fast die gesamte politische Klasse Italiens ins Visier von Polizei und Staatsanwälten. "Mani pulite" hieß das Motto der Aufräumer, "saubere Hände". Mit ihren Gönnern und oft auch Erpressern aus dem Staatsapparat wanderten Hunderte von Unternehmern und Managern vor Gericht und manche ins Gefängnis. Auch Berlusconi war nahe dran.

Dreimal wurde er zu Haftstrafen verurteilt, sechs Jahre und fünf Monate drohten ihm insgesamt. Die Gründe waren illegale Parteienfinanzierung, die Bestechung von Finanzbeamten und Bilanzfälschung. Jedes Mal rettete Berlusconi sich glücklich auf dem Instanzenweg, mal gab es einen Freispruch, mal eine rettende Verjährung.

Auch eine Amnestie war ihm zu Hilfe gekommen. Vor einem Gericht in Venedig hatte er über seine Mitgliedschaft in der berüchtigten Geheimloge P2 gelogen. In der hatten rechtsradikale Politiker und Armeeeoffiziere mit gleich gesinnten Wirtschaftskapitänen ein mächtiges Netz geflochten, einen Staat im Staate, bereit zum Putsch, sollten die damals noch populären Kommunisten an die Regierung gewählt werden. Berlusconi wurde wegen Meineids verurteilt, aber er entging der Strafe durch eine Amnestie.

Ein halbes Dutzend Verfahren, etwa wegen Bilanzfälschung und Richterbestechung, sind derzeit noch offen. Aber auch die spanische Justiz ermittelt gegen Berlusconi. Beim Kauf von Anteilen an der Fernsehgesellschaft Telecinco soll der Mogul mit Tarnadressen gearbeitet und das Steuer- und Kartellrecht gebrochen haben. 64 Briefkastenfirmen in zahlreichen Steuerparadiesen, so glauben die Ermittler, verwalteten für Berlusconi rund eine Milliarde Mark an Schwarzgeldern.

Sogar enger Kontakte zu Mafia-Bossen wurde der angehende Ministerpräsident immer wieder verdächtigt. Ausgerechnet in dieser Woche soll er in Palermo als Zeuge gegen seinen alten Vertrauten Marcello Dell'Utri aussagen. Der leitete lange Berlusconis Werbefirma Publitalia und gründete gemeinsam mit ihm die Forza-Italia-Partei, für die Dell'Utri im römischen Abgeordnetenhaus und im EU-Parlament sitzt. Nun steht er vor Gericht: Jahrelang soll er für die Unterwelt gearbeitet haben.

Ein anderer Vertrauter Berlusconis mit Mafia-Geruch ist voriges Jahr gestorben: Vittorio Mangano, der später als Cosa Nostra-Mann verurteilt wurde, hütete die Kinder in Berlusconis Arcore-Palast und saß mit am Tisch, wenn der Hausherr seine illustren Freunde aus Politik und Wirtschaft empfing.

Mafia-Aussteiger gaben zu Protokoll, das Kapital für Berlusconis TV-Imperium stamme vom damaligen Mafia-Boss Stefano Bontade. Bewiesen wurde das allerdings nie.

Zweifelhafte Geschäfte, dubiose Freunde, heikle Prozesse: Eine vergleichbare Verquickung privater und wirtschaftlicher Interessen samt gravierender persönlicher Justiz-Probleme mit dem Führungsamt im Staat wäre in jedem anderen Land schwer vorstellbar. In Italien haben der Verdacht auf Schwarzgeld und hemdsärmeliger Rechtsbruch vermutlich sogar geholfen.

Hohe Steuern und eine quälend langsame und unberechenbare Bürokratie nerven die Italiener seit Jahrzehnten. Eine ganze Nation bedient sich halb legaler oder auch gänzlich illegaler Tricks. Nur in Griechenland ist die Schattenwirtschaft größer. Probleme mit der Justiz wie Berlusconi haben viele - sollen sie ihm seine krumm

nehmen, nur weil die ein paar Nummern größer sind?

Das Vertrauen in staatliche Institutionen, das zeigen alle Umfragen, geht in Italien gegen null. Vor allem die politische Klasse hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt, und das völlig zu Recht: Wie auf einer Operettenbühne produzierten sich die Matadore in Rom, verbündeten sich zu Koalitionen, die bei nächster Gelegenheit schnell wieder platzten. 156 Parlamentarier wechselten während der letzten Legislaturperiode die Partei, manche sogar mehrmals. Ihre Arbeit ließen die Pfauen der Politik liegen.

So entstand die Sehnsucht nach einem starken Mann, nach Silvio Berlusconi. Der strahlte Optimismus und Erfolg aus, passte in das Wunschbild des Durchschnittsitalieners - und dazu noch Berlusconis schöne Frau, die Ex-Schauspielerin Veronica Lario, 44. Obschon dies die zweite Ehe des Magnaten ist, hat er auch noch ein gutes Verhältnis zu Papst Johannes Paul II., mehr ist nicht möglich.

"Warum", so die Logik des Zeitungs- und Tabakverkäufers, der kleinen Fabrikanten im wirtschaftsstarken Norden und der Bauern im strukturschwachen Süden, "warum soll der es nicht einmal probieren? Was kann er schon verschlimmern?"

Auch ihre Reputation wähten die Italiener in Gefahr: geringes Wachstum, die höchsten Schulden, Rückstand bei modernen Technologien, eine brüchige Infrastruktur. Italiens Lack sei ab, Berlusconi solle übernehmen, glaubten die Wähler.

Italiener denken an ihre Familie, an die Freunde, maximal an ihr Dorf oder an ihre Stadt - ein Nationalgefühl haben sie nicht. Das ist das gängige Klischee südländischer Befindlichkeit. Tatsächlich reagiert das Italienvolk empfindlich, wenn es um das Ansehen seines "bel paese" geht, des wahrlich schönen Landes.

Sie haben den besten Käse und die eleganteste Mode der Welt, den köstlichsten Wein und die herrlichsten Kirchen, sogar wieder saubere Strände. So wie jeder Italiener "bella figura" machen will, einen überzeugenden Eindruck, soll auch sein Land glänzen.

Kritik von außen ist wenig willkommen, schon gar nicht aus Deutschland, dem Objekt der italienischen Hassliebe.

Empörung herrschte im Land, als vorletzte Woche deutsche Medien italienischen Pasta-Weizen in den Verdacht radioaktiver Behandlung brachten und über Chemierückstände in Erdbeeren berichteten. Die Deutschen wollten die Konkurrenz aus dem Süden ausschalten, grollten Zeitungskommentatoren, Verbandsfunktionäre und Marktfrauen.

Die Italiener messen sich an den Deutschen, bewundern deren Effizienz, bedauern aber deren karge Welt und deren Essen mit dunklen, schweren Soßen. Sie schätzen die Deutschen, so lautet ein gängiger Soziologensatz, aber sie lieben sie nicht. Deutsche, umgekehrt, lieben die Italiener, aber schätzen diese nicht.

Die Deutschen zog es schon immer gen Süden. Sie kamen als Eroberer - von Kaiser Friedrich Barbarossa bis zu den Divisionen Hitlers - oder als Schwärmer. Goethe fand im Land, in dem die Zitronen blühen, die "Urphänomene" aller menschlichen Existenz, verbrachte in Rom und Sizilien "die glücklichste Zeit meines Lebens". Die deutschen Romantiker himmelten die Berge im Trentino und die Wasserfälle von Terni an. Einen klaren Blick aufeinander fanden Deutsche und Italiener nie. Bis heute nehmen sie vor allem ihre Vorurteile wahr: Musik und Mafia, Pasta und Pizza, Banken und Beethoven, Kartoffeln und Kraut.

Gemeinsam mit Frankreich dominieren die Teutonen die Europäische Union. Italien, Gründungsmitglied und Europa-begeistert, wird oft übergangen oder als Schlusslicht befragt. Das schmerzt.

Eine "katholische Südachse" mit Spanien stellt Berlusconis

Rechtsfront in Aussicht. Gemeinsam werde man den dominanten Galliern und Germanen Paroli bieten. Erster Konfliktfall: Die Osterweiterung der EU werde von Rom "abgebremst", so der künftige Wirtschaftsminister Giulio Tremonti, wenn es keine "Kompensation" für den italienischen Süden gibt.

Der ehemalige Außenhandelsminister Renato Ruggiero, Fiat-Manager, Chef der Welthandelsorganisation und heute Banker in der Londoner City, soll die neue Außenpolitik als Ressortchef exekutieren.

Statt auf Europa will Berlusconi mehr auf die USA setzen. "Ich stehe auf Seiten Amerikas", biederte er sich der "New York Times" an, "noch ehe ich weiß, wo Amerika selber steht." 45 Minuten habe er am Mittwoch mit Bush telefoniert, prahlte er. Und natürlich ist Berlusconi wie Bush gegen das Umweltabkommen von Kyoto.

Am Donnerstag machte der designierte römische Regierungschef telefonisch auch dem deutschen Kanzler seine Aufwartung. Italien bleibe verlässlich, ein guter Euro-Partner, versuchte er Schröders Vorbehalte gegen die neuen Herren des Stiefellandes abzubauen. Auch vor Bossi müsse sich niemand fürchten: Der Lega-Chef werde nicht gebraucht zum Regieren, der werde nichts zu sagen haben.

Berlusconi verspricht, was alle wünschen. Dabei hat er das alles schon einmal versprochen: 1994, bei seinem ersten Versuch zu regieren.

Seine neue Partei Forza Italia hatte er im Jahr zuvor aus dem Boden gestampft. PR-Strategen seiner Werbegesellschaft Publitalia mit ihrem weit verzweigten Filial- und Vertreternetz zogen überall im Land Forza-Italia-Clubs auf. Der Wahlkampf war geplant wie für Waschpulver, und Geld spielte keine Rolle. Seine Fernsehkanäle sendeten das Hauptprogramm: Berlusconi. Der Überitaliener offerierte sich als Exorzist, der die kommunistischen Geister verjagen und ein schöneres Italien für alle schaffen würde.

Ein Rechtsbündnis, das damals aus der Taufe gehoben wurde, machte den politischen Neuling zum Regierungschef. Zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegsgeschichte erhielten durch ihn Neofaschisten Ministerämter.

Kaum im Amt, zog die Berlusconi-Truppe gegen die "Mani pulite"-Justiz ins Gefecht. Ihr "decreto Biondi", benannt nach Justizminister Alfredo Biondi, wurde vom Volksmund in "decreto salva ladri" umgetauft, in den "Rettungserlass für Diebe".

Bestechung und Erpressung wurden darin zu geringfügigen Vergehen herabgestuft, 156 Personen wurden umgehend aus der Untersuchungshaft entlassen, darunter viele Mafiosi - und ein früherer Minister. Als halb Italien auf der Straße demonstrierte und die Regierung mit Protestschreiben eindeckte, wurde das Dekret allerdings zurückgezogen.

Außer Staatsanwälten und Richtern standen die Fernsehleute der Rai am Berlusconi-Pranger: Alle Programm- und Nachrichtendienstleiter wurden auf Regierungstreue hin durchleuchtet und, wo es nötig schien, ersetzt. In den Nachrichten dominierten plötzlich Modenschauen und Berichte über Prominente, die Regierung ließ eigene Werbespots ausstrahlen. Tg1, die Rai-Hauptnachrichtensendung, verlor Zuschauer, Meinungsführer wurde Tg5 - vom Berlusconi-Fernsehen.

So schön hätte alles werden können für König Berlusconi und seinen Hofstaat - hätte es diesen rüden Rüpel aus dem Norden nicht gegeben: Umberto Bossi. Dessen Lega Nord ist als Protestpartei der kleinen Leute entstanden, die sich über korrupte Politiker ebenso erregen wie über kriminelle Ausländer. Auch eine Rentenkürzung stieß auf Widerstand. Bossi votierte deshalb im November 1994 erstmals mit der Opposition gegen den Chef.

"Niemals mehr" wollte er, Berlusconi, mit dem ungetreuen Vasallen zu tun haben, schwor der Medien-Magier nach seinem abrupten Abgang - und Bossi versprach dasselbe. Nun hocken beide wieder beisammen als Freunde.

Bossi hat indessen ein Problem. Weil er seine Aktivisten der Lega Nord an die Leine gelegt und auf einen Pakt mit Berlusconi eingeschworen hat, sind ihm die Anhänger und Wähler davongelaufen. Von 10,1 Prozent der Stimmen 1996 sackte die Lega auf 3,9 Prozent ab. Wahlverlierer Bossi braucht einen Erfolg, sonst ist es politisch um ihn geschehen.

Den Präsidentenstuhl in einer der beiden Kammern und das Innenministerium fordert er nun für seine Lega-Leute und vor allem die "Devolution": die Dezentralisierung staatlicher Macht und Aufgaben, mehr Selbstverwaltung der Regionen sowie mehr Steuermittel denen, die sie aufbringen. Berlusconi müsse all das in den ersten 100 Amtstagen erledigen, fordert Bossi, "sonst platzt das Ganze".

Doch die Wehr Bossis schimmert nicht mehr, seine Truppen reichen nicht aus, um Berlusconi die Mehrheit zu nehmen. Der unheimliche Milliardär hat freie Bahn.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▸ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft

17/2001 ▶▶

Strahlemann als Heilsbringer

Der Medienmogul und Multimilliardär Silvio Berlusconi hat beste Aussichten, schon bald als Regierungschef in den römischen Palazzo Chigi einzuziehen. Zwar misstrauen die europäischen Nachbarn seinen rechten Koalitionspartnern - Sanktionen wird es jedoch nicht geben.

"Riechen Sie das?", fragte Silvio Berlusconi den Moderator einer TV-Show und antwortete selbst: "Es ist der Duft der Heiligkeit."

Der Mann meint das ernst.

"Mit mir kann sich keiner vergleichen, nicht in Europa, nicht in der Welt", beschrieb der Hoffnungsträger des italienischen Bürgertums seine Einmaligkeit Anfang März vor Funktionären seines Koalitionspartners Alleanza Nazionale. Die Sache ist ganz einfach. Er ist reich, weil er "mehr oder weniger schon mit sechs Jahren gearbeitet" hat. Es gibt keinen Zweifel, so Berlusconi vor Journalisten: "Ich bin der Beste der Welt!"

Womöglich nicht nur das. Als Berlusconi im Stadion seines Mailänder Fußballclubs AC Milan auf einen Fan im Rollstuhl traf, trat er auf ihn zu und sagte: "Stehe auf und gehe!"

Derzeit unternimmt der Mann mit dem ausgeprägten Größenwahn einen Kreuzzug quer durch Italien, um das Land von "den Kommunisten" zu befreien. Eine 128-seitige Biografie, die sein Leben schildert, wird an jeden italienischen Haushalt geliefert. Denn in drei Wochen sind Parlamentswahlen, und Berlusconi hat beste Siegchancen: Einem geschlossenen rechten Block unter seiner Führung steht eine diffuse und schwächliche Mitte-links-Allianz gegenüber.

Inzwischen hat die heiße Endphase des Wahlkampfes begonnen, und die Aussicht, dass der vermutlich Reichste der 56,4 Millionen Italiener bald auch der politisch Mächtigste sein könnte, spaltet die Nation. Für die einen ist er ein Heilsbringer, der die lahmen linken Bürokraten verjagt und ein modernes, kapitalistisches, erfolgreiches Italien verheißt. Den anderen macht er Angst.

"Es geht nicht um rechts oder links", warnen Italiens Philosoph Norberto Bobbio, Oscar-Preisträger Roberto Benigni und Bestsellerautor Andrea Camilleri mit vielen anderen in einem Wahlauf Ruf, "die Demokratie steht auf dem Spiel." Eine "weiche Diktatur" prophezeit Fernsehkommentator und Polit-Schriftsteller Enzo Biagi, die sich "auf Bilanzen, nicht auf Legionen" gründet. Und, ergänzt Indro Montanelli, 92, Nestor des italienischen Journalismus, der einst für Berlusconi arbeitete, "auf Korruption".

Unwohl ist auch vielen europäischen Nachbarn bei der Vorstellung, der Medienzar und seine rechten Freunde regierten demnächst das EU-Gründungsmitglied. Doch nach ihren entmutigenden Erfahrungen

mit den Anti-Haider-Sanktionen gegen Österreich trauen sich nicht einmal die roten Regenten in Berlin und Paris, offen Kritik an der römischen Populisten-Truppe zu üben.

Siegesgewiss bereitet Berlusconi sich deshalb schon auf seinen ersten Großauftritt vor. Ende Juli beim Weltwirtschaftsgipfel von Genua, schon bald nach seiner Wahl, könnte das einstige Schmutzkind der europäischen Politik sich als Kabinettschef präsentieren.

Silvio Berlusconi, 1936 in der Via Volturno Nummer 60, einer eher trostlosen Mailänder Vorstadtstraße, als Sohn eines kleinen Bankangestellten geboren, hat es weit gebracht - vom Klosterschüler, der sein Jurastudium als Staubsaugervertreter und Conférencier auf Musikdampfern finanzierte, zum Multimilliardär.

Mit einer Baufirma fing alles an. Als segensreich erwies sich die Freundschaft mit dem Sozialisten Bettino Craxi. Der war zunächst Bürgermeister von Mailand, dann Regierungschef, später floh er vor einem drohenden Prozess nach Tunesien. Mit Craxis Hilfe hatte Berlusconi kleine private Lokalsender zu drei nationalen Fernsehnetzen ausgebaut. Er kaufte das größte Verlagshaus Italiens, Zeitungen, Zeitschriften, weitere TV-Sender und den Fußballclub AC Milan.

Doch die Frage, ob bei dieser Wunder-Karriere alles mit rechten Dingen zugegangen ist, kann noch immer nicht endgültig beantwortet werden. Kein Politiker stand so oft, so lange unter so massiver Anklage: wegen Bestechung und Bilanzfälschung, Meineid und Steuerhinterziehung. Berlusconi wurde verdächtigt, mit der Mafia zu kollaborieren und sogar das Bombenattentat auf den Anti-Mafia-Richter Giovanni Falcone veranlasst zu haben.

Doch, und auch das hat kein anderer je so hingekriegt, Berlusconi kam aus jeder Klemme wieder heraus. Und wurde er, wie bisher dreimal geschehen, tatsächlich zu Haftstrafen verurteilt, löste sich das Problem auf dem Instanzenweg - durch Freispruch, durch Verjährung oder durch Amnestie. Auch die zahlreichen heute noch offenen Verfahren nehmen Kurs auf diese Richtung.

Als "Verleumdungen" tut Berlusconi alle Anklagen gegen ihn ab, als Anwürfe von "Neidern und Kommunisten". Die Justiz, die "roten Roben", erklärte er kurzerhand zum "bewaffneten Arm der Linken". Damit ist die Sache für ihn erledigt. Und: Ein großer Teil der Italiener sieht das genauso.

Viele finden es nicht schlimm, manche sogar bewundernswert, wenn sich der Selfmade-Unternehmer clever gegen Staat und Gesetz behauptet. Dass er Geld hat, darf man sehen, soll man sehen. Dunkelblauer Anzug, Krawatte und Schuhe sind stets vom Feinsten, das Gesicht ist gebräunt, die Zähne scheinen blütenweiß.

Das zeigt nicht nur zu Hause Wirkung, auch Europas Konservative haben Zutrauen geschöpft. Der deutsche Altkanzler Helmut Kohl hatte jahrelang den Einzug der Berlusconi-Partei Forza Italia in den Verband der konservativen Parteien im EU-Parlament blockiert. Zwar hat Berlusconi außer dem spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar auch heute noch wenig Freunde in den EU-Hauptstädten. Aber selbst politische Gegner wie Gerhard Schröder und Lionel Jospin halten den Milliardär inzwischen für eher harmlos.

Sie sorgen sich mehr wegen dessen Koalitionspartnern: Die Alleanza Nazionale, per Namenswechsel aus der faschistischen MSI entstanden, ist heute ein Sammelbecken Konservativ-Klerikaler, alter Mussolini-Anhänger sowie smarterer neuer Rechter. Und die Lega Nord des mal mit proletarischen, mal mit separatistischen Tönen eifernden Umberto Bossi kommt ähnlich fremdenfeindlich und kleinbürgerlich daher wie die österreichischen Freiheitlichen vom Typ des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider.

Bossi sei, befand Belgiens Außenminister Louis Michel

undiplomatisch salopp, "schlicht ein Faschist". Jacques Delors, zehn Jahre Präsident der EU-Kommission, assistierte: "Eine Regierung mit Bossi wäre eine Gefahr für Europa." Und Karl Lamers, außenpolitischer Sprecher der CDU, der Ende März zum Wahlhilfeinsatz für Berlusconi nach Rom reiste, kam nicht umhin, Bossis Präsenz in der Rechtsallianz zum "Problem" zu erklären.

Mit markigen Sprüchen polemisiert Bossi gegen "Überfremdung" und "Islamisierung". Zukunftsvorstellungen europäischer Sozialdemokraten geißelt er als "neostalinistischen Plan für eine Sowjetunion Europa".

Bossis Teilhabe an der Macht würde Europas Politikern ein echtes Dilemma bescheren: Sollen sie Bossis rechtspopulistische Hetze überhören oder die gescheiterte Haider-Strafaktion gegen Österreich nun gegen Italien wiederholen?

Italien "ist zu groß, zu wichtig", tönt Bossi schon vorab: "Europa kann gar nichts gegen uns machen!" Und wahrscheinlich hat er Recht. Für eine Neuauflage der Sanktionen findet sich in Brüssel keine Stimme.

Als das größere Problem könnte sich nach seinem Wahlsieg allerdings der neue Regierungschef selbst erweisen: Berlusconi müsste als personifizierter Interessenkonflikt regieren. Fast jedes Gesetz, das mit seiner Parlamentsmehrheit in Kraft gesetzt wird, berührt immer und vor allem ihn. Steuersenkung, Justizreform, die Privatisierung des Staatsfernsehens, Werbeverbote.

Streitet die EU, ob neue Kommunikationstechnologien gefördert werden sollen oder ob Fußballspiele im Free-TV übertragen werden müssen, hat das, was der Staatsmann Berlusconi mitentscheidet, womöglich Konsequenzen für den Wohlstand der Familie Berlusconi. Gehen die Zinsen hoch oder runter - der Unternehmer Berlusconi ist immer mitbetroffen.

Längst befassen sich italienische und europäische Instanzen mit möglichen Interessenkonflikten, die aus seiner ersten Amtszeit 1994 herrühren. Damals hatte ihn sein Kumpel Bossi nach nur sieben Monaten im Streit verlassen. Nun, gut sechs Jahre später, fragt die EU-Kommission nach, ob die Fernsehgruppe Mediaset durch ein Gesetz aus dem Jahre 1994 rechtswidrige Steuergeschenke vom italienischen Staat bekam. 48 Prozent der TV-Gesellschaft gehören der Familie Berlusconi.

Auch das Europaparlament befasst sich schon mit dem möglichen nächsten römischen Regierungschef: Der Oberste Gerichtshof Spaniens hat beantragt, die Immunität des Europaabgeordneten Berlusconi aufzuheben. Er soll es beim Einkauf auf dem spanischen Fernsehmarkt mit diversen Steuer- und Wettbewerbsparagrafen nicht so genau genommen haben.

Auch in dem Fall haben sich Politik und Geschäft intensiv vermischt: Das Verfahren gegen den TV-Mogul kommt nämlich nicht vom Fleck, weil zunächst die konservative französische Parlamentspräsidentin Nicole Fontaine, dann Spaniens Premier Aznar mit Formalien den Fortgang blockierten. Beide gehören wie Berlusconi der Europäischen Volkspartei (EVP) an, deren Reihen er seit Ende 1999 stärkt.

Anders als 1994 schart sich Europas Rechte heute eng um Berlusconi. Damals war er den Konservativen und Christdemokraten noch peinlich. Heute, nachdem die Konservativen in England, Frankreich und Deutschland die Macht verloren haben oder von Skandalen erschüttert werden, sind sie weniger zimperlich. Wir setzen auf "den Dominoeffekt", bekannte EVP-Generalsekretär Alejandro Agag. Wenn Italien, "der erste Stein", erst fiel, würden auch die übrigen roten Bastionen Europas bald wieder schwarz. Deshalb, macht Agag den Berlusconi-Anhängern Mut, sei die europäische Linke so besorgt: "Die wollen Angst in Italien schüren."

Es scheint ihnen nicht zu gelingen. In allen Wahlprognosen führt

Berlusconi Rechtsbündnis. Zwar ist etwa ein Drittel der Wähler noch unentschlossen, aber die meisten Auguren sind sich einig: Obwohl sich der Mitte-links-Kandidat Francesco Rutelli weit besser als erwartet schlägt, könnte es kaum reichen.

Noch in der Endphase des Wahlkampfs streiten Italiens Linke und Halblinke verbissen um Posten und Machtpositionen und setzen so ihre operettenhafte PolitPosse der letzten Regierungsjahre fort. Gerade mal zehn Millionen Mark legten die sieben verbündeten Parteien für den Rutelli-Wahlkampf zusammen. Berlusconi verfügt über das zehnfache Budget.

Das einzige Restrisiko für Berlusconi auf den letzten Metern zur Macht ist er selbst. Er darf seinem Publikum nicht zu nahe kommen, sonst blättert der Lack schnell.

Der Mann kann, zum Beispiel, nicht reden. Er kann ein Witzchen reißen, ein Bonmot erzählen oder knappe Anweisungen geben. Doch wenn er etwas Inhaltliches vortragen will, wirkt er sofort langweilig. Widerspruch und Zweifel bringen ihn auf die Palme. Fragen hält er für überflüssig, Zwischenfragen für ungehörig. Ganz gleich um welches Thema es geht - Berlusconi kann alles besser, wusste alles längst, hat es schon vor Jahren richtig gemacht.

Die Forza-Italia-Kandidaten empfangen vorigen Monat eine Order ihres nationalen Koordinators, Claudio Scajola: Berlusconi halte es für "extrem wichtig", im Wahlkampf ein kohärentes Bild zu vermitteln, und erinnere deshalb an die "strikte Verpflichtung", sich auf keinen Fall selbst auf Wahlplakaten abbilden zu lassen. Italien soll nur noch sein Gesicht sehen.

Gigantische Berlusconi-Konterfeis strahlen von Plakaten überall im Land herab, auf denen er das Blaue vom Himmel verspricht: weniger Steuern, bessere Straßen, pünktliche Eisenbahnen, moderne Krankenhäuser, weniger Kriminalität und weniger Bürokratie, aber mehr Rente.

Auch die Justiz will Berlusconi neu ordnen: "Das Parlament sollte die Prioritäten festlegen, welche Delikte zu verfolgen sind." So sollen die Staatsanwälte sich mehr um Organisierte Kriminalität kümmern als um Wirtschaftsdelikte.

Vorsorglich hat Andrea Camilleri, Autor der Commissario-Montalbano-Krimis, zwei Briefe an seinen Freund Manuel Vázquez Montalbán in Barcelona geschrieben. Von denen will er einen am Tag nach der Wahl abschicken.

"Siehst Du", lautet der Text für den Fall, dass Berlusconi doch noch verliert, "die Italiener sind besser, als Du dachtest."

"Lieber Manolo", beginnt der andere, "könntest Du mir in Barcelona eine Wohnung besorgen, zwei Zimmer, Küche, Bad? Für fünf Jahre, die Dauer einer Legislaturperiode, aber mit der Möglichkeit, den Vertrag eventuell viel, viel früher zu kündigen?" Schließlich wäre die zweite Berlusconi-Regierung bereits die 59. römische Nachkriegsregierung.

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

► Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ►►

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

SPIEGEL-GESPRÄCH

DER SPIEGELaus Heft
32/1994

"Ich habe Nerven aus Stahl"

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi über seine Regierung und die Kritik an seiner Machtfülle

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, haben Sie nach all den Turbulenzen der vergangenen Wochen überhaupt noch Gelegenheit, in Ferien zu gehen?

Berlusconi: Ich hatte nicht einmal die Zeit, darüber nachzudenken. Ich stehe vor einer unglaublichen Aufgabe: Meine Regierung will eine liberale Revolution durchführen - in einem zentralistischen Staat wie Italien, der unter ständiger Mißwirtschaft gelitten hat. Die Öffentlichkeit hat große Erwartungen. Aber: Was in Jahrzehnten kaputtgemacht wurde, läßt sich nicht in Wochen oder Monaten wiedergutmachen.

SPIEGEL: Verlangen die Italiener nicht schnellere Ergebnisse? Sie hatten schließlich ein Wunder versprochen, die Heilung aller Gebrechen dieser Republik.

Silvio Berlusconi

beendete in der vergangenen Woche eine Serie von Krisen, die seine 85 Tage alte Regierung an den Rand des Sturzes gebracht hatte. Ein Mitte Juli im Handstreich erlassenes Dekret, das Korruptionsverdächtige von der Untersuchungshaft ausschließen sollte, mußte unter Buhrufen der Nation zurückgezogen werden. Ein Versuch, das Management für seine Holding Fininvest an einen Treuhänder zu übertragen, mißlang. Als oberster Garant dieser Trennung zwischen Privat- und Staatsgeschäften sollte Präsident Oscar Luigi Scalfaro dienen. Doch der lehnte wegen verfassungsrechtlicher Bedenken ab. In einer bewegten Parlamentsdebatte verteidigte sich Berlusconi, 57, gegen den Vorwurf, er komme vor lauter Problemen mit seinen Milliarden-Unternehmen nicht zum Regieren. Es sei nicht akzeptabel, hielt der Ministerpräsident dagegen, daß jemand keine Politik machen dürfe, nur weil er Besitz habe. Die italienische Öffentlichkeit gab ihrem Premier noch einmal einen Vertrauensvorschuß - auch deshalb, weil Italiens Wirtschaft aus der schlimmsten Nachkriegs-Rezession herauskommt. Die Popularitätskurve Berlusconis, die im Juli auf 46 Prozent gesunken

Berlusconi: Die Menschen haben schon gemerkt, daß diese Regierung in den ersten 70 Tagen besser gearbeitet hat als alle ihre Vorgänger - obwohl wir in gewisser Weise Dilettanten sind. Nur 2 von 25 Ministern in meinem Kabinett verfügten über Regierungserfahrung. Wir sind dabei, einen neuen Job zu lernen, wir beherrschen die Maschinerie des Staates noch nicht. Aus Unerfahrenheit können Fehler entstehen.

SPIEGEL: Gerade Sie haben die Wähler doch mit dem Mythos des erfolgreichen Unternehmers geködert. Sie versprachen ihnen Tüchtigkeit, Leistung und Kompetenz.

Berlusconi: Die Tatsache, daß Berlusconi und nicht die Linke diese Regierung führt, wirkte bereits positiv. Die Industrieproduktion ist gestiegen, die Inflationsrate ist so niedrig wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr, 100 000 neue Unternehmen sind in den letzten zwei Monaten entstanden. Die Regierung hat

war, schnellte umgehend wieder auf über 50 Prozent. also schon vieles geleistet. Das wird allerdings von der feindseligen Presse nicht gewürdigt.

SPIEGEL: Die Presse ist der beliebteste Sündenbock für alle Politiker der Welt.

Berlusconi: Das Vertrauen der Bürger ist da. Das Revolutionärste, das wir angepackt haben, ist die Senkung der Staatsschulden. Zum erstenmal in der Geschichte der Republik versucht eine Regierung, das Haushaltsdefizit zu bekämpfen - nicht mit höheren Steuern, sondern mit einer konsequenten Durchforstung der Staatsausgaben. Die Minister für Arbeit, Gesundheit und Verteidigung sind schon dabei, die unvermeidlichen Kürzungen zu machen.

SPIEGEL: Sie stellen sich gern als jemand dar, der sich im Dienst des Volkes aufreibt. Sie sollen nur noch dreieinhalb Stunden pro Nacht schlafen . . .

Berlusconi: . . . ja, aber so geht es nicht weiter. Zum Glück habe ich eine eiserne Konstitution, doch nach den Anstrengungen des Neubeginns spüre ich das Bedürfnis, den Rhythmus zu ändern.

SPIEGEL: Zu Beginn des Wahlkampfs haben Sie aus dem "Lob der Torheit" des Erasmus von Rotterdam zitiert. Dort wird ein Visionär gefragt: Wer hat dir um Himmels willen diese Flausen in den Kopf gesetzt? Haben Sie das Gefühl, daß Ihr Wechsel in die Politik eine verrückte Idee war?

Berlusconi: Was auf den ersten Blick wie verrückt erscheint, kann sich im nachhinein als weitsichtige Weisheit herausstellen. Ich hatte keine andere Wahl, als in die Politik zu gehen, denn die Gefahr bestand, daß Italien in die Hände der Linken fallen würde. Das hätte das Ende von Wohlstand, Freiheit und Demokratie bedeutet.

SPIEGEL: Und nur Berlusconi konnte das Vaterland retten?

Berlusconi: Die traditionellen Zentrumsparteien waren dazu nicht mehr in der Lage, weil sie sich nicht zum Bündnis gegen die Linke zusammenschließen konnten. Als ich das erkannte, beschloß ich, in die Bresche zu springen.

SPIEGEL: Ist die Linke damit endgültig gescheitert?

Berlusconi: Die Linke existiert noch und bildet eine höchst lebendige Opposition. Aber sie mißachtet die Lehren der Geschichte.

SPIEGEL: Die Postkommunisten, die Partei der Demokratischen Linken, haben eindeutig mit dem Kommunismus gebrochen.

Berlusconi: Neben den Postkommunisten gibt es auch noch die Rifondazione Comunista, das sind die Unbeirrbareren, die immer noch mit erhobener Faust grüßen und Fidel Castro bejubeln.

SPIEGEL: Dieses Häuflein von Altkommunisten ist doch keine Gefahr für die Demokratie. Ist Ihr Bündnis mit den Postfaschisten nicht viel bedenklicher?

Berlusconi: Die Deutschen sollten endlich verstehen, daß die wirkliche Gefahr nicht von den Postfaschisten ausgeht, sondern von den Kommunisten. In einer Umfrage haben nur 0,3 Prozent eine gewisse Sehnsucht nach der faschistischen Vergangenheit zum Ausdruck gebracht. Die fünf Minister der Nationalen Allianz, die meiner Regierung angehören, verhalten sich demokratisch absolut einwandfrei. Hätte dagegen die Linke gesiegt, wäre Italien aus Europa herausgefallen. Eine linke Mehrheit hätte allem widersprochen, wofür Europa heute steht. Sie wäre dirigistisch, etatistisch und maximalistisch gewesen.

SPIEGEL: Ihre Regierung scheint nach nicht einmal hundert Tagen

steckengeblieben zu sein, weil die Diskussion über Ihre Holding Fininvest alles zu lähmen droht. Warum haben Sie nicht einen klaren Strich zwischen geschäftlichen und politischen Interessen gezogen?

Berlusconi: Meine Regierung ist überhaupt nicht steckengeblieben. Das ist so ein Vorurteil von Journalisten, die Bürger denken anders.

SPIEGEL: Das Thema Fininvest ist doch keine Erfindung der Presse. Sind Sie überhaupt noch in der Lage, eine Vermengung der Interessen zu vermeiden?

Berlusconi: Wir haben Experten beauftragt, an einem Vorschlag zu arbeiten. Darüber wird am Schluß das Parlament zu entscheiden haben. Ein anderer Weg wäre, zu verkaufen. Aber erstens sehe ich derzeit keinen Käufer, weil es sich um eine riesengroße Firmengruppe handelt. Und zweitens bin ich nicht wie der amerikanische Präsident für vier Jahre gewählt. Ich kann schon morgen im Parlament gestürzt werden. Was habe ich danach? Das Volk hat mich ja gerade wegen meiner außerordentlichen unternehmerischen Fähigkeiten gewählt.

SPIEGEL: Die Opposition möchte Sie wohl am liebsten enteignen.

Berlusconi: Sie möchte mich am liebsten ganz aus der Politik raushaben. Ich verstehe diesen Wunsch. Die Opposition hat einen totalen Minderwertigkeitskomplex, und den hat sie zu Recht.

SPIEGEL: Trotzdem bleiben Sie angreifbar. Fininvest ist die schwache Stelle Ihrer Regierung.

Berlusconi: Sicher, es wäre viel einfacher, wenn ich arm wäre und meine Interessen nur der Politik gelten würden. Ich sehe keine Lösung. Aber ich kann Ihnen versichern, daß viele Italiener sehr zufrieden damit sind, daß sie einen Ministerpräsidenten haben, der seine eigenen Flugzeuge benutzen, seine eigenen Autos fahren und Staatsgäste in seinen eigenen Häusern empfangen kann. Selbst die Geschenke, die ich meinen Besuchern mache, bezahle ich selbst.

SPIEGEL: Das Problem stellt sich doch in besonderer Schärfe, weil Sie nicht nur Supermärkte kontrollieren, sondern Fernsehstationen. Sie sind ein Medien-Mogul, und Ihre Fernsehmacht setzen Sie als Politiker hemmungslos ein. Ist Ihr Führungsstil nicht eine Art Telekratie?

Berlusconi: Das ist nicht wahr. Meine eigenen Fernsehstationen haben mich im Wahlkampf nicht besser behandelt als andere Politiker. Zwischen den Wählern und dem Gewählten muß in der Demokratie eine direkte Verbindung hergestellt werden. Die Massenmedien haben eine Mauer zwischen Politikern und Bürgern errichtet, welche die Wahrnehmung der Wirklichkeit verzerrt. Ich versuche, diese Mauer abzutragen und unmittelbar zu den Menschen zu sprechen.

SPIEGEL: Damit führen Sie ein Stück plebiszitäre Demokratie ein. Höhlt das nicht die Bedeutung des Parlaments aus?

Berlusconi: Nein, die Souveränität des Parlaments hat nichts damit zu tun. Zum erstenmal wurde jetzt eine Parlamentsdebatte live drei Stunden im Fernsehen übertragen, so daß die Bürger das Leben auf der politischen Bühne direkt beobachten konnten.

SPIEGEL: Ihr Kommunikationstalent hat Sie im Stich gelassen, als Sie das Dekret über die Einschränkung der Untersuchungshaft erließen. Der öffentliche Protest zwang Sie zu einer Kehrtwende.

Berlusconi: Ich wußte, daß dieses Dekret unpopulär sein würde. Ich werde mich weiterhin im Parlament dafür einsetzen, daß Verdächtige nicht unnötig in Untersuchungshaft gesteckt werden. Das widerspricht den Menschenrechten. Es geht doch nicht an, daß anständige Leute zusammen mit Berufsverbrechern in eine Zelle

kommen. Die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge ist niemals verurteilt worden. In diesem Land gibt es fünf Millionen Menschen, die schon mal im Gefängnis einsaßen, obwohl sich am Ende ihre Unschuld herausstellte. Ich betrachte es als meine Pflicht, den Kampf gegen diese Übergriffe im Namen der Freiheit fortzuführen.

SPIEGEL: Ihr Bruder ist von der Justiz unter Hausarrest gestellt worden. Können Sie sich vorstellen, daß auch gegen Sie ein Ermittlungsbescheid ergeht?

Berlusconi: Ja, wenn der politische Kampf mit den Mitteln der Justiz ausgetragen wird.

SPIEGEL: Würden Sie dann zurücktreten?

Berlusconi: Wieso denn das? Ich habe mir nichts zuschulden kommen lassen, sonst wäre ich nicht in die Politik gegangen. Wenn ich diese Gewißheit nicht hätte, wäre ich tatsächlich ein Wahnsinniger. Ich stehe im Scheinwerferlicht, meine Vergangenheit und die meiner Familie werden durchleuchtet. Aber ich habe nichts zu befürchten. Ein Ermittlungsbescheid gegen mich wäre völlig unbegründet.

Zum 2. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

Inhalt ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

SPIEGEL-GESPRÄCH

DER SPIEGELaus Heft
32/1994

"Ich habe Nerven aus Stahl" (2)

◀◀ **Zurück zum 1. Teil**

SPIEGEL: Glauben Sie, daß die Justiz ihre Kompetenzen überschreitet?

Berlusconi: Hören Sie zu, warum reiten Sie dauernd auf diesen Geschichten herum. Die Auslandspresse wird von der italienischen Presse negativ beeinflusst. Sie sollten lieber begreifen, in welcher Gefahr sich Italien befand, als die Linke drauf und dran war, die Macht zu ergreifen.

SPIEGEL: Als Unternehmenschef mußten Sie keinen Widerspruch hinnehmen, brauchten Sie sich nicht mit Opposition auseinanderzusetzen.

Berlusconi: Widerstände kennen italienische Unternehmer genug. Es gibt Tausende von Vorschriften und Gesetzen, die sie einhalten müssen. Im übrigen habe ich auch als Unternehmer früh gelernt, die Meinungen anderer in Rechnung zu stellen.

SPIEGEL: Aber ist es nicht doch ein Unterschied, ein Wirtschaftsimperium zu lenken und an der Spitze eines Staates zu stehen? Läßt sich mit Management-Methoden ein ganzes Land regieren?

Berlusconi: Aus dem Nichts habe ich die zweitgrößte Wirtschaftsgruppe Italiens nach Fiat geschaffen. Ich habe mich in der Bauwirtschaft durchgesetzt, im Fernsehen, in der Werbung, im Verlagswesen. Was ich errichtet habe, ist kein Imperium, sondern eine ausgeklügelte Wirtschafts- und Finanzmaschine, die führend in vielen Bereichen ist. Daher denke ich, daß ein bißchen von meiner Erfahrung auch der Staatsmaschine nutzen kann - jeder dritte Italiener denkt, wie die Europawahlen gezeigt haben, offensichtlich auch so.

SPIEGEL: Politik ist in erster Linie die Kunst des Kompromisses, der Teilung von Macht und Gewalt. Haben Sie damit Probleme?

Berlusconi: Es gibt zwei Sorten von Kompromissen in Italien. Die eine zielt darauf, alles zu blockieren, alles aufzuschieben, nichts zu tun. Die andere, die stärker in der europäischen Tradition liegt, versucht, das effektiv Mögliche in einem bestimmten zeitlichen Rahmen zu verwirklichen. An solche Kompromisse sind meine Mitarbeiter und ich gewöhnt; die gefallen uns.

SPIEGEL: Politische Entscheidungen brauchen Zeit. Bringen Sie die Geduld und die Nerven dafür auf?

Berlusconi: Geduld? Ich bin praktisch ein Heiliger auf dem Gebiet. Und wenn meine Gegner meinen, sie könnten mich in einem Nervenkrieg zermürben, dann irren sie gewaltig. Ich tue Dinge, die ich mir vorgenommen habe, mit Leidenschaft; ich habe Nerven aus Stahl. Selbst meine Feinde müssen meine Selbstkontrolle anerkennen.

SPIEGEL: Die größten Schwierigkeiten haben Ihnen bisher Ihre Koalitionspartner bereitet. Umberto Bossi von der Liga Nord benimmt sich, als sei er selbst der Oppositionsführer.

Berlusconi: Daß die Partner einer Regierungskoalition sich bitter streiten, ist bei uns nun wahrlich keine Neuigkeit. Im Gegenteil: Es war die Regel vor meiner Regierung. Was Sie im Ausland unbedingt verstehen müssen, ist, daß diese Streitigkeiten früher zur Instabilität führten. Praktisch alle acht Monate fand ein Regierungswechsel statt.

SPIEGEL: Ihre Regierung befand sich kürzlich auch schon im Krisenfieber, als Bossi Sie aufforderte, sich von Fininvest zu trennen.

Berlusconi: Viel Lärm um nichts. In Wahrheit ist die Gefahr für die Stabilität der Regierung jetzt gering. Denn dahinter steht eine Koalition von politischen Kräften, die sich vor den Wahlen den Wählern vorgestellt und von diesen den Auftrag zu regieren bekommen hat. Früher wurde den Politikern mit der Stimmabgabe ein Freibrief ausgestellt.

Das ist jetzt anders. Mit dem neuen Wahlrecht hatten die Italiener die klare Möglichkeit, zwischen meiner und der Koalition der Linken zu wählen. Genauso klar sind ihre Entscheidung und mithin unser Mandat ausgefallen.

SPIEGEL: Haben Sie als Neuling im Kreis der Staatsmänner Vorbilder unter Ihren Kollegen?

Berlusconi: Ich hätte gern das herzliche Lächeln von Bill Clinton, die warmherzige Redekunst von Reagan, das Temperament von Frau Thatcher und die strategische Weitsicht von Helmut Kohl. Ich lege aber auch Wert auf das, was ich selbst mitbringe. Wir Lombarden sind Europäer von der fleißigen, erfinderischen Sorte, wir sind außerordentlich selbstsicher. Aber im gleichen Maß sind wir auch zu Selbstironie und Bescheidenheit fähig.

SPIEGEL: Italien geht durch einen schwierigen Reformprozeß. Wie soll das Land am Ende dieser Legislaturperiode aussehen?

Berlusconi: Ich wünsche mir ein Land, das sich seines Wohlstands freuen kann, diesen aber auch besser unter seinen Bürgern verteilt. Ein Land, in dem das Verhältnis zwischen dem Norden und dem armen, ausgebluteten Süden ausgeglichen wird. Ich möchte aber auch ein Land, in dem die Regierung Silvio Berlusconis ohne Furcht von einer gegnerischen Regierung abgelöst werden kann, weil es feste, von allen anerkannte und respektierte Regeln gibt. Kurzum - ein weniger erbostes Land, ein freieres Land in der vollen Bedeutung des Wortes.

SPIEGEL: Und welche Verfassungsreformen streben Sie dafür an?

Berlusconi: Sie haben Bundesländer, wir haben Regionen. Noch gibt es verfassungsmäßig zwischen beiden große Unterschiede. Wenn aber die Verfassungsreform im Parlament durchkommt, die wir gemeinsam mit der Liga Nord vorgeschlagen haben, dann werden unsere Regionen Ihren Ländern sehr viel ähnlicher sein. Sie werden mehr Verantwortung und mehr Macht haben und in ihrer Struktur dem Föderalismus ziemlich nahekommen. Das wird ein Fortschritt sein.

SPIEGEL: Und der nächste Schritt? Würde Ihnen ein Präsidialsystem nach amerikanischem oder französischem Vorbild besser gefallen als die jetzige Abhängigkeit des Regierungschefs von parlamentarischen Mehrheiten?

Berlusconi: Vorausgesetzt, daß die institutionellen Reformen mehr Föderalismus hervorbringen - dann wäre es richtig, die Direktwahl des Präsidenten anzusteuern: ein Präsidialsystem, das aber zugleich die Macht der Exekutive und die Möglichkeiten ihrer parlamentarischen Kontrolle stärken würde.

SPIEGEL: Sie haben den Italienern versprochen, eine Million Arbeitsplätze binnen eines Jahres zu schaffen. Wie wollen Sie das anstellen?

Berlusconi: Erstens habe ich von einem Zeitraum von zwei, zweieinhalb Jahren gesprochen. Und dann habe ich nichts versprochen. Ich habe mich verpflichtet, eine Million Arbeitsplätze zu schaffen. Und ich bin sicher, daß mir das gelingen wird. Wenn ich nur ein bißchen Kooperation von der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Politik bekomme, dann liegt das Ziel schon hinter der nächsten Kurve.

SPIEGEL: Der Feldzug gegen die Korruption, den die Mailänder Richter mit ihrer Aktion "Saubere Hände" geführt haben, hat Italien dramatisch durcheinandergewirbelt. Die Richter sind zu Volkshelden geworden. Glauben auch Sie, daß die Justiz für eine heilsame Revolution gesorgt hat?

Berlusconi: Die Ermittlungen gegen die Korruption waren zweifellos ein Segen für unser Land. Heute muß man aber mit politischen Mitteln Probleme lösen, die nicht nur den Richtern überlassen bleiben können. Die Staatsanwälte haben große Macht, geradezu über Leben und Tod, sie entscheiden über die persönliche Freiheit der Bürger. Man muß diese Macht begrenzen - auch im Interesse der Richter.

SPIEGEL: Sie sind als Mann des Neuen gewählt worden. Aber nun fallen die Schatten der Vergangenheit auf Sie: Manager von Fininvest zahlten Schmiergeld an die Finanzpolizei. Wußten Sie von solchen Praktiken?

Berlusconi: Von den Schmiergeldern wußte ich nichts. Aber ich wußte natürlich wie alle anderen, daß das System nicht funktionierte, daß etwas faul war - auch weil es viel zu viele und viel zu komplizierte Steuern gibt.

Aber hören Sie: Ich habe mich nicht nur aus propagandistischen Gründen zum Mann des Neuen ernannt. Ich weiß, daß jeder, der über Fünfzig ist, nicht mehr ganz neu ist. Doch politisch gesehen gibt es in Italien niemanden, der frischer wäre als ich und die Bewegung Forza Italia, die ich gegründet und in vier Monaten an die Regierung geführt habe.

SPIEGEL: In keinem anderen demokratischen Land der Welt gibt es einen Regierungschef, der zugleich über soviel Wirtschafts- und Medienmacht gebietet. Können Sie verstehen, daß viele Italiener diese Konzentration in Ihren Händen mit Unbehagen betrachten?

Berlusconi: Da muß doch erst mal klargestellt werden, daß ich in keiner Weise die Presse und die Journalisten auf meiner Seite habe. Wer das Gegenteil behauptet, macht sich einfach lächerlich. Der staatliche Fernseh-Koloß RAI mit seiner linksgefärbten Berichterstattung ist meiner Regierung gegenüber bis an die Grenze des Vorurteils kritisch eingestellt. Die privaten Fernsehsender, über die ich nicht einmal mehr Besitzerrechte ausübe, sind in ihrer Programmgestaltung völlig unabhängig. In diesen Programmen habe ich einen einzigen Mann, der mich unterstützt: Emilio Fede von Retequattro. Und der wird den ganzen Tag dafür gekreuzigt, daß er wagt, gut von meiner Regierung zu sprechen. Punkt und basta.

SPIEGEL: Sowohl Ihr Kanzleichef als auch der Verteidigungsminister und andere Mitglieder der Regierung sind frühere Fininvest-Mitarbeiter; manche sind alte Freunde von Ihnen. Wäre es nicht sauberer gewesen, wenn Sie niemanden aus Ihrem geschäftlichen Umfeld in die Regierung aufgenommen hätten?

Berlusconi: Ich verstehe nicht, warum jedermann sich Menschen, die er schätzt, zu seinen Mitarbeitern machen darf, nur Silvio Berlusconi nicht. Das ist doch absurd.

SPIEGEL: Hat Ihre idyllische Beziehung zum italienischen Volk nach den ersten Rückschlägen Schaden genommen? Wirkt die Magie Berlusconis noch?

Berlusconi: Die Italiener sind sehr mißtrauisch. Aber sie können auch sehr großzügig sein. Zwei von drei Italienern gefällt meine Regierung. Sie sehen, daß wir alles daransetzen, die Dinge ins Lot zu bringen. Dafür sind wir da, oder etwa nicht?

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Romain Leick und Valeska von Roques im Amtssitz des Ministerpräsidenten in Rom.

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▸ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶

DOSSIER

INHALT ►►

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGELaus Heft
26/1994**"Kann der Teufel Gutes tun?"****Senatspräsident Carlo Scognamiglio über die Aufgaben der Regierung Berlusconi und den Faschismus**

SPIEGEL: Bill Clinton und Helmut Kohl haben Ihrem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi in den vergangenen Wochen gleichsam den Ritterschlag erteilt und ihn als gleichwertigen Partner akzeptiert. Sind damit die Berührungsängste gegenüber der neuen italienischen Regierung überwunden?

ZUR PERSON

Carlo Scognamiglio

ist als Präsident des italienischen Senats nach dem Staatsoberhaupt zweiter Mann im Staat. Er zählt zu den neuen Gesichtern in der italienischen Politik - 1992 auf der Liste der inzwischen untergegangenen Liberalen Partei in den Senat gewählt und in diesem Jahr Silvio Berlusconis "Forza Italia" beigetreten. Für Italien wünscht sich Scognamiglio, 49, einen Parlamentarismus nach englischem Vorbild, in dem der Regierungsmehrheit eine klare Opposition entgegensteht. Der Senatspräsident, Sohn einer reichen Reederfamilie aus Varese, studierte an der Londoner School of Economics und wurde mit 40 Jahren Rektor der römischen Wirtschaftsuniversität Luiss.

Scognamiglio: Wir waren schon ein wenig schockiert, daß unsere langjährigen Verbündeten und Freunde - Deutsche, Franzosen, Amerikaner - glauben konnten, bei uns stehe die Machtübernahme durch Rechtsextremisten bevor. Wir haben getan, was in Familien üblich ist, wenn es Mißverständnisse gibt: Wir haben uns bemüht, Klarheit zu schaffen.

SPIEGEL: Die Gründe für das Zögern und das Mißtrauen im Ausland waren doch verständlich.

Scognamiglio: Ja, was in Italien passierte, ist in doppelter Hinsicht neu: Da gewann eine Kraft die

Wahlen, die keine erkennbaren Wurzeln in den traditionellen Parteien Europas hat. Und dann hat natürlich Berlusconis Koalition mit einer politischen Gruppe, die wenigstens teilweise auf den Faschismus zurückgeht, großes Aufsehen erregt. Alles Neue und Unbekannte schafft Beunruhigung bei den anderen.

SPIEGEL: Rechtsradikale Parteien gibt es überall in Europa, wie die Republikaner in Deutschland, die Nationale Front in Frankreich. Aber Berlusconi hat ein Tabu gebrochen: Zum erstenmal sitzen postfaschistische Minister in einer demokratisch gewählten Regierung. Ist das kein Grund zur Beunruhigung?

Scognamiglio: Die Nationale Allianz unter Gianfranco Fini verneint alles, was den Faschismus in der Geschichte ausmachte. Finis Partei lehnt die Diktatur ebenso ab wie Aggression nach außen und Rassismus im Innern.

SPIEGEL: Wenn das alles wirklich Vergangenheit ist, warum hat Finis Partei dann nie so eindeutig mit ihren undemokratischen Ursprüngen abgerechnet wie die Linke mit Stalinismus und Kommunismus?

Scognamiglio: Die Entfernung zwischen Alleanza Nazionale und dem Faschismus ist wesentlich größer als der Abstand zwischen der Partei der demokratischen Linken und dem Kommunismus. Das Ende des Faschismus liegt fast 50 Jahre zurück. Es ist doch albern, ständig den Bruch mit einer Vergangenheit zu fordern, die ohnehin seit einem halben Jahrhundert tot und begraben ist.

SPIEGEL: Gerade deshalb sollte es nicht schwierig sein, deutlich vor aller Welt zu erklären: Wir haben mit dem Faschismus von einst nichts zu tun.

Scognamiglio: Aber das hat Fini doch schon bis zum Überdruß gesagt . . .

SPIEGEL: . . . er laviert, er redet mit zwei Zungen. Auf der einen Seite legt er glühende Bekenntnisse zur Demokratie ab. Auf der anderen sagt er, der Faschismus habe auch viel Gutes gehabt; es gebe eben Zeiten, in denen die Freiheit nicht das höchste Gut sein könne. Wird er damit Berlusconi's Regierung nicht immer wieder in Verlegenheit bringen?

Scognamiglio: Ich kann Ihnen nicht verweigern, Eindrücke zu haben und Ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Mein eigener Schluß ist, daß Finis Ambivalenz nur ein Problem für den Parteivorsitzenden Fini ist. Für mich bleibt entscheidend, daß er sich ganz klar auf die Seite der Demokratie gestellt hat. Alle Diktaturen haben ein Kapitalverbrechen gemeinsam - den Verrat an der Demokratie.

SPIEGEL: Fini und seine Freunde sehen das nicht so. Sie unterscheiden zwischen einem positiven Faschismus, der angeblich bis 1938 dauerte. Erst danach, unter Hitlers Einfluß, habe Mussolini Schlimmes angerichtet. Können auch Sie etwas Gutes am Duce finden?

Scognamiglio: In keiner Weise. Für mich als Demokrat ist ganz klar, daß jemand, der sich auf die Seite des Bösen gestellt hat, nichts Gutes bewirkt. Kann der Teufel Gutes tun?

SPIEGEL: Der Bocksfuß läßt sich ja nicht verbergen. Immer wieder fordern Mitglieder der Alleanza Nazionale äußerst anrüchige Dinge, zum Beispiel Homosexuelle in Konzentrationslager zu sperren oder die Grenzen zu den ehemals jugoslawischen Republiken neu zu ziehen.

Scognamiglio: Das sind nur ganz vereinzelte Stimmen von Figuren, über deren Denken der Staub der Geschichtsbücher liegt. Niemand in Italien will die Adriagebiete Istrien, Dalmatien und die Hafenstadt Rijeka zurückholen. Und gibt es nicht auch in Deutschland Gestirge, die immer wieder die Rückgabe der Ostgebiete fordern?

SPIEGEL: Die sitzen nicht in der Regierung.

Scognamiglio: Auch die Extremisten der Nationalen Allianz haben keine Regierungsämter.

SPIEGEL: Trotz seines fulminanten Siegs ist Berlusconi mit der Verteilung der politischen Kräfte so unzufrieden, daß er schon wieder an Wahlen denkt. Warum denn das?

Scognamiglio: Das Wahlergebnis hat klar gezeigt, welche Art von Regierung die Italiener haben möchten. Aber unser neues Wahlsystem hat bewirkt, daß die Opposition, die eine knappe Mehrheit im Senat hat, die neue Regierung lahmlegen und ihre Gesetzgebung blockieren kann. Wenn das so weitergeht, muß neu gewählt werden.

SPIEGEL: Damit Forza Italia noch einmal wie bei der Europawahl kräftig zulegen kann?

Scognamiglio: Die Begeisterung für Berlusconi wird anhalten, weil

die Ablehnung des alten, korrupten Regimes Italien fundamental verändert hat.

SPIEGEL: Der Neuerer Berlusconi wird bald konkrete Erfolge vorweisen müssen. Er hat versprochen, eine Million Arbeitsplätze in einem Jahr zu schaffen. Wie soll das gehen, wenn überall sonst in Europa Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut werden?

Scognamiglio: Es gibt ein paar wichtige erste Schritte. Nirgendwo sind die Kosten bei der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes so hoch wie in Italien. Wir brauchen mehr Flexibilität, weniger staatliche Vorschriften. Vorschläge dafür hat die neue Regierung bereits gemacht. Jetzt liegt es am Parlament und an den Gewerkschaften, ihnen zuzustimmen.

SPIEGEL: Damit allein wird sich Berlusconis Verheißung eines italienischen Wunders wohl nicht erfüllen.

Scognamiglio: Gewiß nicht. Das kann Italien nicht allein schaffen. Deshalb finde ich es gut, daß Kommissionspräsident Delors einen europäischen Beschäftigungsplan und ein gemeinsames Projekt zur Förderung von Wirtschaftswachstum vorgeschlagen hat.

Zum 2. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶

DOSSIER

INHALT ►►

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGELaus Heft
26/1994

"Kann der Teufel Gutes tun?" (2)

◄◄ **Zurück zum 1. Teil**

SPIEGEL: Solches Vertrauen auf Planung von oben überrascht bei Vertretern der freien Marktwirtschaftslehre wie Ihnen und Berlusconi. Kommen da nicht nur staatlich subventionierte Arbeitsplätze heraus?

Scognamiglio: Ich denke an potentielle Gemeinschaftsprojekte wie die Schaffung eines Hochgeschwindigkeitsbahnsystems. Die EU könnte einen europäischen Marshallplan für die Schaffung von Arbeitsplätzen entwerfen.

SPIEGEL: Und wie sollte der finanziert werden?

Scognamiglio: Über internationale Anleihen. 150 Milliarden Ecu, das entspricht drei Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts, würden reichen.

SPIEGEL: Die Regierung Berlusconi muß auch die Auswüchse des italienischen Sozialstaats zurückschneiden. Das hört sich gelegentlich so an, als seien Ronald Reagan und Margaret Thatcher ihre Vorbilder.

Scognamiglio: Die Berlusconi-Regierung will den sozialen Schutz für die Bürger des Landes nicht abbauen, sie will ihn lediglich anders organisieren. Wir hatten bisher ein Sozialsystem, das dem von sozialistischen Staaten sehr ähnlich war. Jeder Italiener hat zum Beispiel Anspruch auf medizinische Versorgung. Aber die bekommt er nur, wenn er das staatliche Gesundheitswesen benutzt.

SPIEGEL: Und das kann heißen, monatelang auf eine dringende Röntgenaufnahme zu warten.

Scognamiglio: Oder sich bei Zahnschmerzen an das staatliche Krankenhaus wenden zu müssen. Es gibt keine Auswahl, der Staat hat das Monopol. Die moderne liberale Vorstellung will dieses Monopol abschaffen und wieder Wettbewerb im Gesundheitswesen herstellen.

SPIEGEL: Durch Privatisierung?

Scognamiglio: Privatisierung ist kein Allheilmittel. Andere Sektoren sind dafür besser geeignet, etwa Telekommunikation oder die Energieversorgung. Wir müssen zeigen, daß Privatisierung im Interesse der Öffentlichkeit liegt.

SPIEGEL: Die dritte große Aufgabe ist der Kampf gegen das

Organisierte Verbrechen. Führende Forza-Italia-Politiker haben verkündet, daß das Gesetz zum Schutz der Kronzeugen gegen die Mafia abgeschwächt werden soll. Nimmt die neue Regierung den Kampf gegen die Mafia weniger ernst?

Scognamiglio: Auf keinen Fall. Forza Italia und die mit ihr verbündeten Kräfte haben Regierungen ersetzt, die viele Jahre das ungehinderte Wachstum des Organisierten Verbrechens ermöglichten. Denken Sie ja nicht, daß wir nach dem berühmten Prinzip aus dem Roman "Der Leopard" verfahren wollen, nachdem "alles verändert werden muß, damit alles bleibt, wie es ist".

SPIEGEL: Immerhin hat es im Wahlkampf Anzeichen dafür gegeben, daß die Mafia versucht, die Berlusconi-Bewegung zu unterwandern.

Scognamiglio: Jede neue Bewegung kann unterwandert werden. Entscheidend ist, daß die Wähler sich von jenen politischen Kräften getrennt haben, die zu duldsam mit der Mafia umgingen.

SPIEGEL: Herr Senatspräsident, Berlusconi ist ein Unternehmer, der es gewohnt ist, daß seine Anordnungen unverzüglich befolgt werden und Erfolge sich schnell einstellen. Hat er die Geduld und die Ausdauer, um notwendige Reformen durchzusetzen und die ungeheuren Probleme des Landes zu lösen?

Scognamiglio: Er hat seine Chance vom Wähler bekommen, jetzt muß er sie nutzen. Ich halte die Gefahr für gering, daß er der Politik schnell überdrüssig werden könnte. Wahrscheinlicher ist, daß er ihr verfällt.

SPIEGEL: Schon jetzt hat sich gezeigt, wie gern er den Versuchungen des Populismus erliegt. Der direkte Fernseh-Appell ans Volk ist ihm lieber als mühselige parlamentarische Arbeit. Kündigt sich damit ein neuer Führungsstil an?

Scognamiglio: Berlusconi ist beileibe nicht der erste Regierungschef, der dieses Verfahren, sich über die Medien unmittelbar ans Volk zu wenden, benutzt hat. Denken Sie nur an die Kamingespräche, die Präsident Roosevelt über das Radio mit dem amerikanischen Volk führte. Auch Charles de Gaulle brillierte mit seinen Appellen an die Franzosen.

SPIEGEL: So sehr, daß ihm Mitterrand damals vorwarf, seine Regierungsweise gleiche einem permanenten Staatsstreich.

Scognamiglio: Am Ende ist er völlig demokratisch abgelöst worden. Das Fernsehen und der Populismus, den dieses Medium fördert, sind keine wirkliche Gefahr für die Demokratie. Das Parlament wird seinen Stellenwert schon behalten.

SPIEGEL: Besorgnis erregt vor allem die ungeheure wirtschaftliche Macht, über die Berlusconi verfügt. Er hat hoch und heilig versprochen, private und öffentliche Interessen nicht zu vermischen. Nehmen Sie ihm das ab?

Scognamiglio: Wir müssen weiterhin Druck auf Berlusconi ausüben, damit er seinen Reichtum und sein Medienimperium nicht für sein politisches Amt einsetzt und umgekehrt. Wenigstens einen Punkt finde ich beruhigend: Es hat wohl noch niemals einen Regierungschef gegeben, dessen Reichtum so deutlich für jedermann sichtbar war.

SPIEGEL: Als Vorbild von Transparenz gilt Berlusconis Gesellschaft Fininvest nicht gerade.

Scognamiglio: Ich stimme Ihnen darin zu, daß die gegenwärtige Situation nicht so bleiben kann, wie sie ist.

SPIEGEL: Sollte Berlusconi also Fininvest oder Teile davon verkaufen?

Scognamiglio: Wenn jemand Fininvest kaufen würde, wäre Berlusconi wahrscheinlich sehr froh.

SPIEGEL: Berlusconi ist der erste Wirtschaftsmagnat, der in einer Demokratie die politische Macht errungen hat. Immerhin, auch Ross Perot in Amerika hat seine Rivalen schwer bedrängt, bevor er scheiterte. Und Bernard Tapie in Frankreich ist als Politiker erstaunlich populär. Ist die Abwendung vom bisherigen Typus des Berufspolitikers ein Trend der Zukunft?

Scognamiglio: Der Erfolg des Außenseiters gegen die klassischen Berufspolitiker ist jedenfalls ein neues Phänomen. Die Kunst von Berlusconi bestand darin, daß er die Nachfrage nach einer neuen politischen Partei erkannt und sein neues Produkt geschickt lanciert hat. Das hat die alten Parteien, die am liebsten durch den Wähler nicht gestört werden möchten, mit Wut erfüllt. Aber auch sie werden sich neu orientieren müssen.

SPIEGEL: Die Linke ist von Berlusconi fast zerstört worden. Kann sie sich wieder berappeln?

Scognamiglio: Ich wünsche es ihr. Es liegt nicht im Interesse der italienischen Demokratie, keinerlei politische Alternative zu haben. In diesem Sinn muß die Revolution weitergehen, denn was wir brauchen, sind zwei große politische Lager, die sich in der Regierungsmacht abwechseln können.

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▸ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGEL

aus Heft
8/1994

Ein Medienmagnat als Zauberer

Valeska von Roques über den Politaufsteiger Silvio Berlusconi

Und das Wort ward Video. In einer Kulisse von luftigem Himmelblau, auf dem zarte Zirruswolken schweben, erhebt sich ein gewaltiger weißer Block. Aus dem spricht, 16fach vergrößert, das elektronische Antlitz Silvio Berlusconis.

Das Rednerpult davor bleibt leer. Der Mann, dessen Abbild den Bildschirm füllt, schlendert derweil locker über die Bühne einer Messehalle im Hafen von Ancona. Doch an dem Tele-Altar, von dem überlebensgroß die Bildschirmreproduktion des Medienmagnaten strahlt, geht er nicht vorbei. Und nur ganz selten stellt er sich hinters Pult, als sollte seine leibhaftige Präsenz auf der Wahlkundgebung die Macht seiner stärkeren Anwesenheit in der virtuellen Wirklichkeit des Videos nicht mindern.

Denn die braucht er zum Zaubern. Nichts anderes nämlich als ein "neues italienisches Wunder" hat Silvio Berlusconi, 57, mit seiner Bewegung "Forza Italia" (Vorwärts Italien) dem Wahlvolk versprochen, als er sich vor kaum vier Wochen aufs politische Schlachtfeld begab.

Herrlichen Zeiten wird Italien da entgegengehen. Das Land, welches Berlusconi den Bürgern verspricht, soll "gerecht und barmherzig gegenüber den Schwächeren sein, wohlhabend und heiter, modern und effizient"; die Steuern werden gesenkt, die Renten erhöht, die Kriminalität wird besiegt und die Drogen werden es auch.

Vor allem aber wird Berlusconi, nach seinem Titel "Cavaliere", der Ritter, genannt, Italien vor dem Gespenst des Kommunismus retten. Vor dem drohenden Sieg einer unverbesserlichen Linken, die "nicht an den Markt, an die Privatinitiative, an den Profit, an das Individuum" glaube - so sprach es der Mogul Ende Januar auf eine Videokassette, die er dem italienischen Fernsehvolk zu besten Sendezeiten präsentierte.

Und dem gefallen die gesammelten Wunschträume seines Medienfürsten, der zwei der größten italienischen Leidenschaften bedient: Fußball und Fernsehen.

Silvio Berlusconi herrscht über die drei wichtigsten Privatsender Italiens, produziert Werbung und Spielfilme, bestimmt im Verlagshaus Mondadori, das einflußreiche Zeitschriften wie Panorama und Epoca herausgibt; er besitzt Einkaufszentren, Kaufhausketten und außerdem den berühmten Fußballklub AC Milan. Berlusconi verfügt über eine Wirtschafts- und Medienmacht, die in anderen Ländern schon gesetzlich kaum möglich wäre.

In einem Maß, das vor wenigen Wochen noch niemand erträumt

hätte, hob daher auch seine neue politische Bewegung ab. In Quantensprüngen mehrten sich die Klubs Forza Italia, die Ortsverbänden von Parteien gleichen. 6840 waren es Anfang Februar, 9622 nur eine Woche später.

Darin spiegelt sich die Macht des Fernsehens. Die erste öffentliche Veranstaltung Berlusconi am 6. Februar in Rom strahlte ein ihm gehörender TV-Sender in voller Länge aus und wiederholte sie am nächsten Tag. Schon findet Italiens Mega-Unternehmer in Umfragen unter den Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten die weitaus höchste Zustimmung.

Forza Italia, die Berlusconi-Bewegung, hat mit möglichen 25 Prozent der Wähler bereits die Partei der Demokratischen Linken, die ehemaligen Kommunisten, überflügelt. Die Allianz der Linken droht an ihren inneren Widersprüchen zu zerbrechen. Im Zentrum streiten sich die größte Restformation der Christdemokraten, die Italienische Volkspartei, mit Mario Segnis Reformbewegung Pakt für Italien. Auf der Rechten dagegen gelang es Silvio Berlusconi, Feuer und Wasser zusammenzufügen.

Er schloß ein Wahlbündnis mit Umberto Bossis Nordliga für den nördlichen Teil Italiens, mit der rechten Nationalallianz des Neofaschisten Fini für den Süden. Zahlreiche Ideen Bossis und Finis, zum Beispiel die über die Rolle von Staat und Nation, sind unvereinbar. Doch solange beide nicht anfangen, sich über ihre Differenzen öffentlich zu fetzen, könnte der rechte Dreierbund die Wahlen am 27. März gewinnen.

Berlusconi's Aufstieg in die Spitzen der italienischen Politik scheint unaufhaltsam zu sein. Vorbilder gibt es.

Der Renaissance-Potentat Cola di Rienzo (1313 bis 1354) war aus dem sozialen Nichts zum zeitweiligen Herrscher Roms avanciert. Von dem Traum besessen, einen Staat nach antikem Vorbild zu bilden, war er der größte politische Showmaster seiner Zeit. Er faszinierte das Volk, schrieb der Publizist Luigi Barzini in seinem Klassiker "Die Italiener", mit "Symbolen, Pomp, Zeremonien und Umzügen".

In ihren Methoden der Volksverführung fand Barzini erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen Cola di Rienzo und dem faschistischen Diktator Mussolini. Beiden gleicht in diesem Sinn auch Silvio Berlusconi.

Zugleich erinnert der Medienmagnat an die großen Gestalten des amerikanischen Kapitalismus zur Zeit des Wirtschaftsaufstiegs, an einen Rockefeller, einen Carnegie, deren oft skrupellose Methoden beim Aufbau ihrer Imperien später im milden Glanz ihrer großzügigen Stiftungen vergessen wurden.

Ein wirklicher Selfmademan ist Silvio Berlusconi freilich nicht. Ohne den Kontakt mit den politisch entscheidenden Männern, ohne die Protektion des Sozialisten Bettino Craxi zum Beispiel hätte Berlusconi's machtvolles Medienreich nicht aufblühen können.

Zugleich pflegte der Unternehmer, der sich gern als Einzelgänger ausgibt, enge Kontakte zu notorischen Drahtziehern der italienischen Nachkriegsgeschichte. Etwa zu Licio Gelli, dessen Geheimloge P2 Italiens Staatsorgane und Wirtschaft unterwandert hatte. Berlusconi's Verbindungen zu undurchsichtigen Finanzkreisen in der Schweiz werfen beunruhigende Fragen auf nach der Herkunft der Mittel für den Aufbau seines Imperiums.

Berlusconi's Vater arbeitete als Prokurist in einer kleinen Mailänder Privatbank, der Banca Rasini. Luigi Berlusconi war ein pingeliger Mann, der sich von seinen Angestellten die Stummel der Bleistifte zurückgeben ließ, bevor er neue herausrückte. Seine Söhne Silvio und den um 13 Jahre jüngeren Paolo schickte er als externe Schüler auf das strenge humanistische Gymnasium des Salesianer-Ordens in Mailand.

Sein Jurastudium finanzierte Berlusconi mit allerlei Jobs, von denen Spuren in seine Zukunft wiesen. Die Überredungskunst nutzte ihm als Staubsaugervertreter. Er tingelte als Sänger in einer Band auf Kreuzfahrten vor der italienischen Küste, sammelte Medienerfahrungen als Fotograf auf Hochzeiten und Beerdigungen und wurde schließlich, noch während des Studiums, gutverdienender Angestellter einer Baufirma.

In diesen frühen sechziger Jahren rollt in Italien das erste Wirtschaftswunder an. Unbehindert von gesetzlichen Auflagen boomt die Bauwirtschaft wie einst die Goldgräberei im Wilden Westen. Berlusconi erkennt seine Chance.

Sofort nach dem Abschluß des Studiums (mit einer Arbeit über rechtliche Aspekte der Werbung) realisiert Silvio Berlusconi 1961 sein erstes Bauprojekt, ein Wohnhaus am Stadtrand von Mailand.

Die Finanzierung vermittelt die Bank seines Vaters. Die kleine Privatbank Rasini, die Berlusconi auch bei späteren Projekten zur Seite steht, kommt in den achtziger Jahren ins Gerede. Ihr werden Verbindungen zur Mafia der weißen Kragen nachgesagt, die schmutzige Gelder, vornehmlich aus dem Rauschgifthandel wäscht.

Zum 2. Teil ▶▶

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▶ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

Inhalt ▶▶

DOSSIER

INHALT ▶▶

Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

ITALIEN

DER SPIEGELaus Heft
8/1994

Ein Medienmagnat als Zauberer (2)

◀◀ **Zurück zum 1. Teil**

Nach zwei Jahren gelingt dem ungewöhnlichen Jungunternehmer ein Coup: in Brugherio im Norden Mailands zieht er ein Wohnviertel für 4000 Einwohner hoch. Kaum 30 Jahre alt, errichtet er eine ganze Satellitenstadt für 10 000 Menschen - Milano 2. Keine triste Peripherie sollte das werden, sondern komfortable Zuflucht aus dem Chaos der Großstadt für den aufsteigenden Yuppie.

Nach skandinavischen Modellen trennt Berlusconi in Milano 2 die Ebenen für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer. Die 2500 großzügig geschnittenen Eigentumswohnungen verteilt er über weitläufiges Grün; zwischen Parkanlagen mit künstlichen Seen entstehen Tennisplätze, Schulen, Kindergärten und Geschäfte. Auch über ein rudimentäres internes Fernsehsystem verfügt Milano 2 - der Anfang des späteren Medienimperiums von Berlusconi.

Eigene Mittel für seine Mega-Projekte besitzt der Jung-Tycoon kaum. Reichlich Geld vermittelt ihm eine geheimnisvolle Finanzierungsgesellschaft für Residenzen aus Lugano, später leicht umbenannt für Milano 2, doch vom selben Mann geleitet.

Wer sich hinter diesen Schweizer Geldgebern und dem labyrinthischen Gefüge ihrer untereinander verflochtenen Gesellschaften und Firmen verbirgt, ist kaum auszumachen. Einige düstere Namen tauchen im Zusammenhang mit Berlusconis finanziellen Paten aus der Schweiz auf.

Den italienischen Autoren Giovanni Ruggeri und Mario Guarino, die hinter den Schweizer Finanzierungsgesellschaften ebenfalls die Mafia der weißen Kragen ausgemacht haben, will ein Abgesandter Berlusconis zunächst ihr Buchmanuskript abkaufen. Als sie ablehnen, verklagt der Tycoon sie. In allen drei Instanzen werden die Autoren freigesprochen.

In seinen Gründerjahren hat Berlusconi, selbst Mitglied der P2, seine Geschäfte vornehmlich über Banken abgewickelt, die fest in den Händen von Mitgliedern der Geheimloge waren, so die Banca Nazionale del Lavoro. Wichtig für die Entwicklung der Fininvest, der 1978 gegründeten Holding des Berlusconi-Imperiums, war auch der skandalumwitterte Banco Ambrosiano, der Geschäfte sowohl mit dem Vatikan als auch mit dem Mafia-Bankier Michele Sindona machte.

In den achtziger Jahren steigt Berlusconi zum "König des Äthers" auf - vor allem deshalb, weil in dem Reich, das er sich aneignet, noch keinerlei Gesetze walten. Ein Spruch des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 1976 hatte das Monopol der Staatlichen Fernsehanstalt RAI aufgehoben und privates Fernsehen unter der Bedingung

zugelassen, daß dieses weder live noch landesweit senden dürfe.

Silvio Berlusconi, der 1980 die Senderkette Canale 5 gründet und wenig später Italia 1 und Retequattro dazukaufte, umgeht die Bestimmung der Verfassungsrichter, indem er Kassetten an seine Sender verschickt. Die strahlen nicht landesweit, aber gleichzeitig aus. Und Berlusconi hat sich rechtzeitig die beiden amerikanischen Serienhits "Dallas" und "Denver-Clan" gesichert: Diese Seifenopern aus der Welt der Reichen bescheren ihm ein ergebendes Dauerpublikum.

Weil das Verfahren, per Kassette das Verbot der landesweiten Ausstrahlung zu umgehen, schlicht illegal ist, werden im Oktober 1984 auf richterlichen Beschluß in den Regionen Latium, Abruzzen und Piemont die Berlusconi-Sender stillgelegt, "verdunkelt" - und das an einem der geheiligten "Dallas"- und "Denver"-Abende. Getragen von tagelangem wilden Zuschauerprotest gegen die Entscheidung der Richter, reist Silvio Berlusconi nach Rom.

Noch am selben Tag unterschreibt sein enger Freund Craxi, seit 1983 Ministerpräsident, ein Dekret, das den richterlichen Beschluß aufhebt. Berlusconi sendet seitdem ungehindert landesweit. Ein 1990 erlassenes Mediengesetz sichert die Privilegien Berlusconis und baut sie in einem Maß aus, das den inzwischen erlassenen Bestimmungen der EU über TV-Werbung widerspricht.

Zum Dank für erhaltenen Politikerschutz verkündet Berlusconi die Leitlinien seiner Nachrichtensendungen: "Unsere Information wird mit der Welt identisch sein, die in Männern wie Andreotti, Forlani und Craxi die Anerkennung der Freiheit sieht."

Heute gelten diese drei Politiker als Inbegriff der korrupten Schmiergeldrepublik Tangentopoli, welche durch das Eingreifen der Mailänder Richter und ihrer Aktion "Saubere Hände" dem längst fälligen Ende entgegengeführt wird. Gegen Andreotti laufen Ermittlungen wegen möglicher Zusammenarbeit mit der Mafia und wegen des Verdachts, einen Mord in Auftrag gegeben zu haben. Bettino Craxi muß sich für den Verbleib von umgerechnet mehr als 200 Millionen Mark an Schmiergeldern verantworten.

Auch gegen einen Spitzenmanager des Berlusconi-Imperiums sowie gegen den jüngeren Bruder Paolo, der über den Immobilienbesitz waltet, laufen Ermittlungen wegen Schmiergeldverdachts. Daß sein großer Bruder seinen Anhängern jetzt weismachen konnte, er sei ein Mann des Neuen, einer der mit dem untergegangenen korrupten System von gestern nichts zu tun habe, ist das einzige wahre Wunder seiner erstaunlichen politischen Blitzkarriere.

Alles andere ist hochprofessionelles Marketing - verbunden mit strikter Kontrolle des Produkts wie seiner Kunden. Handausgewählt breitet sich bei seinen öffentlichen Auftritten ein zustimmungsfreudiges Publikum vor Berlusconi aus. Zugelassen zu seinen Veranstaltungen sind die Präsidenten der Forza-Italia-Klubs und ihre Freunde. Wer seinen Namen nicht auf einer Liste am Eingang findet, muß draußen bleiben. Die Farbe der Kokarden, welche die Erwählten anlegen, wechselt von Stadt zu Stadt - so können sich kaum übelwollende Gegner einschmuggeln.

Wie Zikadenklang steigt aus den dichtgefüllten Reihen der Messehalle von Ancona das Zirpen von Mobiltelefonen auf, deren Besitzer verzückte Adjektive in ihre Geräte tuscheln: "Fantaaastico! Bello!! Belliissimo!" Unter den Damen ist der Prozentsatz von schwingenden Nobelpelzen unmäßig viel höher als in einer italienischen Durchschnittsmenge.

Ein einziger Fotograf waltet in Ancona vor der Bühne seines Amtes: der Leiblichtbildner von Silvio Berlusconi. Aus dem, was er aufnimmt, wird der Magnat höchstselbst die schmeichelhaftesten Fotos auswählen, die dann den Zeitungen zur Verfügung gestellt werden. Mit Journalisten spricht Berlusconi kaum noch - es sei denn, er wählt sich die Interviewpartner selbst aus und kann aus einer

Liste von vorher eingereichten Fragen jene aussuchen, die ihm genehm sind.

Auch die Funktion von Parteien versteht Berlusconi offensichtlich anders als die Lehrbücher es wollen. Demokratie geht von ihm, nicht vom Volk aus. Die politische Willensbildung besorgt er selbst mitsamt seinen Beratern. Alle der über 700 Forza-Italia-Kandidaten für den Wahlgang Ende März werden nach strengsten Marketingregeln und der Fernsehtauglichkeit von der Mailänder Zentrale ausgesucht.

Das Programm von Forza Italia, das Ende des Monats vorgestellt werden soll, ist vorläufig noch ein Geheimnis jener Eingeweihten, die es zusammenschmieden. Kein Wunder, daß sich besorgte Stimmen mehren. In keinem anderen demokratischen Land gebe es wie jetzt in Berlusconis Italien "die Vereinigung von politischer mit wirtschaftlicher Macht in dem äußerst mächtigen Instrument des Fernsehens", schreibt etwa der große alte Mann der italienischen Linken, Norberto Bobbio, in der Turiner Stampa.

Das Zusammenkommen "dieser drei Mächte in einem einzigen Mann und einer einzigen Gruppe" trage "seit Montesquieu" einen in der politischen Theorie wohlbekannt Namen: den des "Despotismus".

SPIEGEL-DOSSIERS

Dieser Artikel ist Teil des Dossiers

▸ Berlusconi: Der unheimliche Milliardär

[Inhalt](#) ▶▶